Nr. 93. Halle a. S., Donnerstag den 21. April 1904. 15. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. exkl. Postgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage, durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Geiststr. 21, Hof 2 Tr. Redaktion: Geiststr. 21, Hof 2 Tr.

Insertionsgebühr beträgt für die kgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Vereins-, Partei-u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis nachmittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Scharfmachers Zukunftsstaat.

Im Jahre 19 . . war ganz Deutschland mit einem Netz von Arbeitsnachweisen des deutschen Arbeitgeberbundes überspannt, und es war keinem Arbeiter mehr möglich, ohne Anrufung dieser Zwischenbehörde in Deutschland Brot und Beschäftigung zu finden. Hatten in früheren Zeiten die Rädelsführer Unterkunft in sozialdemokratischen Betrieben gefunden, so war ihnen durch ein neues Sozialistengesetz, das die wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiter mit einem Schlage vernichtete, auch diese Möglichkeit abgeschnitten worden. Auch war es den Bestrebungen der Mittelstandspolitiker endlich gelungen, ein allgemeines Verbot der Konsumvereine zu erwirken, wie es Herr Suchsland, die Berliner Bäckerinnung Germania und andere schon im Jahre 1904 gefordert hatten. Wer also im Deutschen Reiche die Möglichkeit einer Existenz suchte, mußte sich entweder an den Staat oder an den Arbeitgeberbund oder an die Organisation der Gutsbesitzer wenden.

Der Austritt aus den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, so weit sie nicht schon durch das neue Ausnahmegesetz zerstört worden waren, wurde den Arbeitern zur Pflicht gemacht. Wer seine Kollegen unzufrieden zu machen versuchte — etwa indem er die Höhe der ausgeschütteten Dividende mit der der Arbeitslöhne verglich — oder gar zum Streik aufreizte, wurde sofort entlassen und von den Arbeitsnachweisen nicht mehr aufgenommen. Versuchte er es dann, sich etwa als kleine selbständige Existenz, als Krämer, Gastwirt, Zigarrenhändler durchzuschlagen, so wurde natürlich dafür gesorgt, daß die gutgesinnte Arbeiterschaft mit einem solchen Elemente nicht in Berührung kam: sein Laden, seine Wirtschaft unterlagen einem Verbot; wer dieses übertrat, hatte seine Entlassung zu gewärtigen.

Da das Reichstagswahlrecht in ein Klassenwahlunrecht nach Muster des preußischen verwandelt, die ausgesprochen sozialistische Presse unterdrückt, die mit dem Sozialismus versteckt sympathisierende von allen Seiten boykottiert war, gab es keine Möglichkeit, solche Zustände einer Kritik zu unterziehen.

Von allgemeinen Arbeitseinstellungen konnte mangels einer ausgebreiteten Organisation und ausreichender Geldmittel nicht mehr die Rede sein. Kam es irgendwo zu einem partiellen Streik, so sorgten die Arbeitsnachweise der Unternehmer für den sofortigen Nachschub Arbeitswilliger; war das nicht möglich, so erhielt der vom Streik betroffene Fabrikant ausreichende Unterstützung. Zudem sorgte die allgemeine Durchführung der Streikklausel dafür, daß seine Kunden die Einhaltung der Lieferungsfrist in solchem Falle nicht verlangen konnten.

Der letzte Streik, an den man sich erinnern kann, brach im Jahre 19 . . in der X.schen Fabrik in B. aus. Ein Arbeiter, der sich aufrührerisch geäußert hatte, so könne es nicht in alle Ewigkeit weitergehen, es sei eine Entwürdigung des Menschentums, bestimmte Ueberzeugungen mit der Strafe des Hungertodes zu ahnden, wurde sofort entlassen. Sein erneutes Arbeitsgesuch wurde von der Zentralstelle der Arbeitsnachweise zurückgewiesen, und der Mann, der keine Möglichkeit des Fortkommens sah, ging mit seiner zahlreichen Familie in den Tod. Daraufhin hatten sich die Arbeiter der X.schen Firma zusammengetan und verlangt, daß in Zukunft wegen politischer Aeußerungen keine Maßregelungen mehr vorkommen sollten. Der Geheime Kommerzienrat X erwiderte darauf, daß er Herr in seinem Hause sei und es bleiben wolle, und daß er in seinem Betriebe nur königstreue Arbeiter dulde. Am Tage nach dem Ausbruche dieser Zwistigkeiten waren auch schon alle Posten der X.schen Fabrik neu besetzt, und die Entlassenen verdangen sich teils als Plantagenarbeiter nach Südamerika, teils endeten sie durch Selbstmord. Das war der letzte Streik.

Es ist selbstverständlich, daß die Löhne der Arbeiter unter solchen Umständen einseitig durch die Unternehmerverbände festgesetzt, daß auch alle übrigen Arbeitsbedingungen von den Arbeitgebern diktirt wurden.

Das „Eiltempo" der sozialen Gesetzgebung hatte nachgelassen. Die Durchführung der bestehenden Arbeiterschutzbestimmungen war einem Staate anvertraut, in dessen gesetzgebenden Körperschaften die Unternehmer die Herrschaft führten, die Arbeiter aber nicht zu Worte kamen. Die weitere Anstellung von Fabrikinspektoren wurde als eine Beleidigung des patriachalisch wohlwollenden, stets um das Heil seiner Arbeiter besorgten Unternehmertums abgelehnt. Im Jahre 19 . . starb der letzte Fabrikinspektor, nachdem er in seinem letzten Berichte festgestellt hatte, daß er alles vortrefflich gefunden und daß der soziale Friede erreicht, die nationale Arbeit geschützt und die Monarchie für ewige Zeiten gefestigt sei.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Es gehört wahrhaftig nicht viel Phantasie dazu, die trockenen Paragraphen der „Hauptstelle deutscher Arbeitgeber" und die gelegentlichen programmatischen Aeußerungen seiner Vertreter und Freunde in solche Bilder umzusetzen. Sie entsprechen Zug für Zug nicht nur den Wünschen und Bestrebungen der Unternehmerklasse, die sich zu immer dichterer Organisation zusammenschließt, sondern sie haben zum guten Teile in der Praxis des preußischen Staates und einiger anderen großen Arbeitgeber längst ihre Verwirklichung gefunden.

Der Zukunftsstaat der Scharfmacher hat also mindestens ebenso reale Existenz wie der der Sozialisten, wenn er auch nicht in Plato, Morus, Fourier und Fichte seine Schilderer und Lobredner gefunden hat. Er ist ein „Endziel", genau so, wie die sozialistische Gesellschaft ein Endziel ist. Und wenn er — bis auf den vorstehenden skizzenhaften Versuch — noch nicht in der Form eines Staatsromans geschildert worden ist, so kommt das daher, daß seine Vorkämpfer nüchterne Geschäftsleute sind, in denen ein einfaches Zahlenwort — etwa 50 Proz. — die höchsten seelischen Empfindungen weckt, deren sie fähig sind. Dann aber auch daher, daß die Vorstellung von diesem Zukunftsstaate nicht erst aus der schöpferischen Phantasie geholt werden muß, vielmehr die historische Schilderung der antiken Despotien, etwa des ägyptischen Sklavenstaates, dem Zukunftstraum des industriellen Alleinherrschertums mit ziemlicher Vollkommenheit entspricht.

Es stünde uns schlecht an, die Rädelsführer dieses kapitalistischen Putsches, die Vorkämpfer des reaktionären Kladderadatsch ihrer hochfliegenden Pläne wegen zu verhöhnen, ihren Utopismus zu verspotten. In einer Zeit der Kompromißsucht, der immer wiederkehrenden Versuche, furchtbar klaffende Klassengegensätze zu verhüllen oder zu überbrücken, hebt sich das Programm der Scharfmacher durch die Einheitlichkeit seines Ziels, die Großzügigkeit seiner Absichten sehr eindrucksvoll hervor.

Seiner Verwirklichung stehen auch keinerlei äußere Momente hindernd im Wege. Man erinnere sich doch nur daran, wie noch vor wenigen Jahren die Streikversicherung der Unternehmer als eine vollkommen undurchführbare Utopie hingestellt wurde. Nun, diese Utopie hat, wie Krimmitschau bewies, bereits begonnen, reale Tatsache zu sein, deren weitere Entwicklung zu fördern eine allgemeine Organisation der Arbeitgeber wohl im Stande ist.

Nicht viel anders verhält es sich mit dem Plane der „Hauptstelle deutscher Arbeitgeber", in ihrer Hand den ganzen Arbeitsnachweis zu konzentrieren, eine Armee stets williger Streikbrecher zu organisieren und die bisher organisierten Arbeiter in die Heerfolge des Unternehmertums zu bringen. Anfänge zu seiner Verwirklichung sind in der letzten Zeit deutlich genug hervorgetreten, besonders in der Berliner Metallindustrie, wo die Einzeichnung der allzeit Arbeitswilligen in Listen gefordert wird. Jeder Fortschritt dieser Versuche bedeutet einen Triumph des scharfmacherischen Zukunftsstaates, einen neuen Schritt zur Unterwerfung der Arbeiterklasse, zur geistigen und körperlichen Versklavung des arbeitenden Volkes.

Kein Zweifel aber, die Armee dieses Zukunftsstaates ist auf dem Marsche, und der Gegenwartsstaat, weit davon entfernt, auch nur „Neutralität" zu üben, ist ihr Bundesgenosse und Lieferant. Hand in Hand mit ihrem „rein wirtschaftlichen" Bestrebungen geht das Verlangen nach weiterer Verkürzung der Meinungsfreiheit und Beseitigung aller politischen Volksrechte. Ein paar Jahre Rückgang, ja nur ein paar Jahre Stillstand der deutschen Arbeiterbewegung würden genügen, um das wohlgerüstete Heer ihrer Gegner über sie herfallen zu lassen: Nur die fortschreitende Aufklärung der Massen, nur ihre vollkommenste organisatorische Geschlossenheit vermag es zu bewirken, daß aus diesem Kampfe, in dem es kein Paktieren und kein Verhandeln sondern nur ein Entweder-Oder gibt, der Zukunftsstaat der Arbeiter, nicht der der Scharfmacher als Sieger hervorgeht. Mag sich die deutsche Arbeiterschaft zu diesem Kampfe mit allem dem Ernste wappnen, der einer solchen Zeit entspricht: „Wo um der Menschheit große Gegenstände, um Herrschaft und um Freiheit wird gerungen . . . !"

Tagesgeschichte.

Halle, 20. April.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag erledigte am Dienstag den Etat des Auswärtigen Amtes. Die Debatte beschäftigte sich zunächst mit einer Resolution des nationalliberalen Schutzzöllners und Großfabrikanten Münch-Ferber, die den Konsuln einen Beirat

---

63] [Nachdruck verboten.]

Kosmopolis.

Roman von Paul Bourget. Deutsch von Emmy Becher.

Die einzigen Gäste des päpstlichen Gartens schienen außer den beiden Besuchern die marmornen Göttergestalten zu sein, die da und dort aus dem Dickicht ragten, Ueberreste einer heidnischen Kunst, die eine Laune der Päpste der Renaissancezeit, vielleicht ein Befehl jenes Leo X., der in diesen Gärten einen Kreis zartsinniger Dichter und ruhmvoller Künstler um sich versammelt hat, in den Bereich der gewaltigen Basilika getragen hatte. Im unerbittlichen Blau eines schon lengend heißen Juntiages fügte dieses Volk weißer Marmorbilder zur schweigenden Einsamkeit den feierlichen Ernst einer mächtigen und doch in Trümmer gesunkenen Vergangenheit. An den Kreuzungen der Alleen erhoben riesige Urnen, gleichfalls aus Marmor, die zierlich schlanken, groß gezeichneten Linien. Blumen und Gräser quollen, leise geschaukelt vom Windhauch, daraus hervor und schimmerten in lichtem Grün auf dem dunklen Grund des beinahe schwärzlichen Tons der immergrünen Steineichen- und Buchsbaumeinfassungen. Die jungen Pflänzchen schienen zu zittern und zu beben, als ob sie sich hinaussehnten aus diesen Mauern, die einen freiwillig erkorenen, aber eben darum einen unauffschließbaren Kerker bilden und das letzte Stück Boden und Natur umschließen, das dem erhabenen Besiegten im Vatikan geblieben ist. Nie im Leben hatte Montjanon die Poesie dieser Gärten, die ihresgleichen auf der Welt nicht haben, so deutlich empfunden, aber auch nie hatte ihn die herzbezwingende Wehmut so ergriffen, die ihr stummes Gebüsch, ihre schmalen Blumenbeete, ja selbst ihre Brunnen ausatmen, und vollends die Terrassen, von wo man über die Runde der Mauern hinweg zahllose Fabrikschornsteine, das aufdringliche Wahrzeichen tiefhafter, moderner Betriebsamkeit, aufragen sieht! Der Mann der Tatkraft und Offenheit, der in dem alten Legitimisten steckte, konnte schließlich dieses beklemmende Gefühl nicht mehr aushalten. Er schüttelte mehrmals den grauen Kopf, als ob er mit sich selbst uneins wäre, forderte dann Dorsenne ganz barsch zum Aufstehen auf und fing an, ihm den Text zu lesen.

„Wie ist's, Julian, wir werden doch nicht den ganzen Nachmittag hier sitzen bleiben und seufzen wie ein paar weinerliche Frauenzimmer? Dieses Kind ist tot, und wir machen es nicht mehr lebendig. Sie nicht durch Verzweiflung, ich nicht durch Mitgefühl. Wir haben Besseres zu tun, nämlich unsere Verantwortlichkeit für diesen unglückseligen Fall fest ins Auge zu fassen, zu bereuen und zu büßen . . ."

„Unsre Verantwortlichkeit?" unterbrach ihn Julian. „Die meinige kann ich zur Not erkennen, obwohl mir niemand zur Last legen wird, daß ich die Folgen meiner Antwort voraussehen konnte, aber die Ihrige?"

„Die Ihrige und die meinige!" versetzte Montjanon. „Ich bin kein Sophist und habe mir nie angewöhnt, mit meinem Gewissen zu feilschen. Bin ich aus den Katakomben herbeigeeilt, um dieses Duell beizulegen", fragte er, wieder in seinen alten Eifer geraten, „ja oder nein? Habe ich dem hitzigen Blut, das mir zu Kopf gestiegen ist, sobald ich von Ardeas unanständiger Heirat erfuhr und diesem zweideutigen Hafner gegenüberstaß, nachgegeben, ja oder nein? Hat dieser Zweikampf dazu beigetragen, die Gräfin Gorka über ihren Gatten und in der Folge Alba Steno über ihre Mutter aufzuklären, ja oder nein? Haben Sie mir denn nicht 1:'ist vorhin auf dieser Bank erzählt, wie die Angst des armen Kindes sich seit jenem Skandal gesteigert hat? Und wenn mich die Nachricht von ihrem Selbstmord niedergeschmettert hat, wie sie's tat, so mögen Sie wissen, daß es hauptsächlich deshalb geschah, weil eine innere Stimme mir sagte: Einen Teil der Tränen, die diese Tote vergossen hat, hast du verschuldet!"

„Aber, mein armer Freund, wo nehmen Sie nur solche Anschauungen her? Wenn man so rechnen wollte, würde man ja gar nicht mehr leben. Mittelbar greift unser eigenes Tun in eine Menge von Handlungen ein, die uns nichts angehen, und zugegeben, daß wir für unser eigenes Tun einstehen und verantwortlich sein müssen, so beginnt und endet diese Verantwortlichkeit bei dem, was unser Wille unmittelbar, bewußt und deutlich vollbracht hat."

„Das wäre freilich bequem", versetzte der Marquis, sich noch mehr ereifernd, „allein die sprechendste Widerlegung Ihrer Behauptung ist ja die Tatsache, daß Sie selbst nicht Herr werden über die Vorwürfe, die Ihr Gewissen Ihnen macht, die schwache Seele dieses wehrlosen Kindes nicht geschont zu haben. Ich aber, ich mache mir die Wahrheit nicht bequem und werde sie auch Ihnen nicht überzuckern. Sie erinnern sich des Morgens, wo Sie mir in so heiterer Laune die Glaubenslehre Ihres Kosmopolitismus vortrugen? Es gewähre Ihnen künstlerischen Genuß, wie Sie das Ding nennen, einem Rassenschauspiel beizuwohnen, sagten Sie mir, wobei Menschen aus allen Himmelsstrichen und aus dem verschiedensten geschichtlichen Boden mitwirken, und Sie haben mir die Mitspielenden in großen Zügen gezeichnet, die, wie ich gerne zugestehe, durch die Wirklichkeit vollständig bestätigt worden sind. Die Gräfin Steno ist in der Tat mit ihren beiden Liebhabern wie eine Venetianerin aus der Zeit Aretinos umgesprungen. Chepron hat die blinde Hingebung entwickelt, die dem Sproß einer unterdrückten Rasse zukommt, und seine Schwester die ruchlose Grausamkeit eines Aufrührers, der endlich sein Joch abschüttelt, denn Sie meinen ja, sie habe die anonymen Briefe geschrieben. Hafner und Ardea haben ihre Niederträchtigkeit schamlos enthüllt, der eine als Wucherer, der andre als verkommener Kavalier, in dem irgend ein alter Condottiere wieder auflebt. Gorka ist tapfer und unbesonnen gewesen, wie die Polen oft, seine Frau streng und ehrenhaft wie das ganze England. Maitland bleibt in all diesem Wirbel heraus, klar und eigenwillig wie sein Vaterland, und die arme Alba hat geendet wie ihr richtiger Vater. Von der Tochter des Freiherrn schweige ich" — — er nahm seinen Hut ab und fuhr mit ganz veränderter Stimme fort — „das ist eine Heilige, der ich bitter Unrecht getan habe."

(Schluß folgt.)

Heiteres.

Die drei. Itzig: Gott der Gerechte, diese Amerikaner! Wollen se den geschenkten „alten Fritzen" nicht mal aufstellen allein, sondern wollen se ihm geben noch drei Mann zur Gesellschaft.

Schmuhl: Wie haißt?

Itzig: Wie haißt? Alexander, Cäsar und Napoleon haißen se!

Schmuhl: Stutz! Werden se wohl haißen: Bilse, Beyerlein und Bandissin! Südd. Postillon.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219040421-12/fragment/page=0001

deutscher Kaufleute mit einem besoldeten Sekretär beigeben und in dieser Form seinen alten Wunsch auf eine Errichtung von Handelskammern im Auslande erfüllen will. Er benutzte diese Gelegenheit zu der üblichen handelspolitischen Scharfmacherei, die vom Grafen Kanitz nach Kräften fortgesetzt wurde. — Herr Ojel, das neue Zentrumslicht, der vorgestern mit der Denunziation der Kathederzozialisten Brentano und Sombart debütiert hatte, ergänzte sie gestern passend durch die warme Empfehlung des agrarischen Professors Ruhland.

Die Resolution Münch-Ferber, mit der sich auch der Staatssekretär v. Richthofen einverstanden erklärt hatte, wurde schließlich auch angenommen.

Herr Kämpf von der Freisinnigen Volkspartei brachte die schlechte Behandlung der einheimischen Juden und der deutschjüdischen Kaufleute im Zarat zur Sprache. Vom Regierungstische wurde erklärt, daß sich nicht viel werde machen lassen, weil in Rußland Ausnahmegesetze gelten, man will aber versuchen, beim Handelsvertrage eine bessere Behandlung der reisenden Kaufleute jüdischer Konfession zu sichern.

Die freisinnigen Abg. Müller-Meiningen und Müller-Sagan wiesen dann noch auf die Entschädigungsfrage der geschädigten Deutschen in Transvaal und Samoa hin. Der Staatssekretär erklärte, daß England eine rechtliche Verpflichtung zur Leistung dieser Entschädigung überhaupt nicht anerkenne und daß man sich unter diesen Verhältnissen mit dem Erreichten begnügen müsse.

Da die Kolonialverwaltung dem Auswärtigen Amt untersteht, kamen bei diesem Etat auch die merkwürdigen etatsrechtlichen Gepflogenheiten des Kolonialdirektors Dr. Stübel zur Verhandlung. Es hatte einiges Aufsehen erregt, als in der Budgetkommission an den Tag kam, daß der Kolonialdirektor den Fonds für Kommissionszwecke, 35 000 M., dazu benutzt hatte, ohne Wissen des Reichstags zwei Kolonialattachees in London und Paris anzustellen. In der ersten Entrüstung wurden die 35 000 M. glatt gestrichen und Herr Dr. Stübel bekam bittere Worte zu hören. In der Zwischenzeit aber haben sich die politischen Wettermacher des Zentrums wieder anders besonnen und gestern lag ein von Dr. Spahn und den Führern der Rechten und der Nationalliberalen unterzeichneter Antrag vor, der sich mit dem Abtrich von 19 000 M. begnügte. Genosse Dr. Südekum hielt demgegenüber daran fest, daß Herr Stübel durch Ablehnung der ganzen Summe ein unverblümtes Mißtrauensvotum ausgestellt erhalten müsse. Er erinnerte an die phantastischen Etatsüberschreitungen des Kolonialdirektors, die beim Etat für Südwestafrika noch zur Sprache kommen werden. Die Mehrheit war aber zum Frieden mit der Kolonialverwaltung geneigt und nahm den Antrag Spahn an. Nach Erledigung des Etats des Auswärtigen wurde trotz der vorgerückten Stunde die Interpellation des nationalliberalen Grafen Oriola zur Verhandlung gestellt, die sich nach den Aussichten eines Militär-Pensionsgesetzes erkundigte.

Herr v. Einem erwiderte, daß das Gesetz seit dem 5. März beim Bundesrat läge, daß aber, weil schwierige finanzrechtliche Fragen dort zu entscheiden seien, nicht abzusehen wäre, ob sich der Reichstag, wie er wünsche, noch in dieser Session mit der Vorlage werde befassen können. — Die Besprechung der Interpellation wurde auf heute verschoben.

Da außerdem neben kleineren Etats der Etat der Expedition für Ostasien auf der Tagesordnung steht, ist es ungewiß, ob unsere Interpellation wegen der Stillegung von Gruben im Ruhrrevier schon heute verhandelt werden wird.

Preußischer Landtag.

Im Abgeordnetenhause wurden gestern zunächst eine Reihe kleinerer Etats erledigt. Bei Fortsetzung der Beratung über den Etat der Zentral-Genossenschaftskasse machte Abg. Diedrich Hahn den Versuch, die verkrachte Gründung des Bundes der Landwirte, die Dortmunder Ein- und Verkaufsgenossenschaft, in besseres Licht zu setzen und alle Schuld allein auf den Geschäftsführer zu häufen. Der nationalliberale Abgeordnete Wallbrecht wie auch der Zentrumsabgeordnete v. Savigny nahmen aber lebhaft gegen diesen Reinwaschungsversuch Stellung. Lebhafte Auseinandersetzungen gab es auch bei dem schon einmal verhandelten, aber an die Budgetkommission zurückverwiesenen Titel aus dem Etat der Domänenverwaltung über die staatlichen Mineralbrunnen. Die Budgetkommission hatte sich den Beschwerden nassauischer Abgeordneter über die Geschäftsführung der Pächterfirma Siemens u. Co. angeschlossen und einstimmig eine Resolution beschlossen, in der die Staatsregierung ersucht wird, von einer Verlängerung des Pachtvertrages mit der Firma Siemens u. Co. zur Zeit abzusehen, auf genaue Erfüllung der Bedingungen des Vertrages seitens der Pächter zu halten und sie schließlich zu veranlassen, daß die Flaschen, in denen das Wasser vertrieben wird, so gestaltet werden, daß eine Verwechslung mit den Wassern anderer Quellen ausgeschlossen ist. Der Landwirtschaftsminister stellte der Firma Siemens von neuem ein Wohlverhaltungszeugnis aus. Er steht mit ihr offenbar auf bestem Fuße. Aber trotz seiner Erklärung, daß die Resolution von ihm Unmögliches fordere, wurde sie nahezu einstimmig angenommen. In der Tat wäre es wünschenswert, wenn den Pächtern, ganz abgesehen von der Erfüllung berechtigter Wünsche der einheimischen Interessenten, ein niedrigerer Preis für die Mineralwässer aus den königlichen Brunnen vorgeschrieben würde. Die Konsumenten des Fachinger und Selterier Wassers beklagen sich mit Recht über die arge Verteuerung dieser auch für Heilzwecke vielgebrauchten Produkte.

Beim Etat der Ansiedelungskommission wurden die schon oft gehörten Beschwerden über die mit der Germanisierung verbundene Protestantisierung der polnischen Landesteile von polnischen und katholischen Rednern von neuem aufs Tapet gebracht. Von konservativer Seite bestritt man diese Beschwerden, und auch von der Regierung wurde geleugnet, daß es an dem mangelnden Entgegenkommen des Erzbischofs liege, wenn die religiösen Bedürfnisse, namentlich der deutschen Katholiken im Osten nicht genügend berücksichtigt würden. Eine staatsmännische Rede hielt dabei der Abgeordnete Graf Limburg-Stirum. Er forderte das Zentrum auf, dafür zu sorgen, daß die Begriffe „Polonismus" und Katholizismus" nicht länger im Osten identisch wären. Er knüpfte aber an diese vorwurfsvolle Aufforderung so viele Lobsprüche über die nationale Gesinnung und die Betätigung dieser nationalen Gesinnung, daß eigentlich der Nachtrab den Vorderzug kommensierte. — Schließlich wurde noch die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Bewilligung von weiteren Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Staatsarbeitern und gering besoldeten Staatsbeamten erledigt. Der freisinnige Abgeordnete Rybienow wandte sich im Interesse der Hausbesitzer dagegen, daß aus den Fonds auch solche Genossenschaften Beihilfen erhielten, die nicht bloß Wohnungen für Staatsbeamte, sondern auch solche für Privatbeamte, z. B. Bankbeamte, bauen. — Heute stehen der Etat des Finanzministeriums und kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung.

Flottentreiber.

Den gestrigen Mitteilungen unter obiger Spitzmarke ist noch nachzutragen, daß der in Dresden tagende Flottenverein an Wilhelm II. ein Begrüßungstelegramm abgesandt hat, auf welches folgende Antwort einlief:

Den Mitgliedern der in Dresden tagenden Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins spreche ich meinen kaiserlichen Dank aus für den telegraphischen Huldigungsgruß.

Mit regem Interesse und den besten Wünschen begleite ich die Bestrebungen des Vereins, dessen Arbeiten zum Segen des Vaterlandes guten Fortgang nehmen mögen.

Wilhelm I. R.

Syrakus, Hohenzollern, 17. April 1904.

Die Lage in Südwestafrika

wird fast von der gesamten Presse als recht ungünstig bezeichnet. Besonders wird auch die offiziöse Berichterstattung einer scharfen Kritik unterzogen. Selbst die konservativen Blätter, die sonst in kolonialen Angelegenheiten mit der Regierung durch dick und dünn gehen, geben ihren schweren Bedenken angesichts des Berichts über das „siegreiche" Gefecht von Okatumba Ausdruck, das mit dem Rückzuge Leutweins nach Otjosasu endete. Bitter schreibt die Kreuz-Zeitung:

Die Depesche meldet zwar, daß der überlegene Gegner abgewiesen worden sei und zahlreiche Verluste gehabt habe, doch ist Oberst Leutwein wieder nach Otjosasu zurückgekehrt. Die Gründe, die er anführt: die Heranziehung von Munition und Verpflegung sei nicht möglich gewesen und weiteres Vorgehen habe in diesem Gelände auch keinen Erfolg versprochen, sind dieselben, mit denen man sonst Mißerfolge zu erklären pflegt. Eine Kriegsdepesche der Herero würde vielleicht lauten: „Nachdem wir in den Onjatibergen einen Angriff der Deutschen blutig zurückgewiesen und ihren Versuch, uns den Rückzug abzuschneiden, vereitelt hatten, sind wir nach Okatumba marschiert. Hier haben wir den erneut vorrückenden Feind angegriffen und ihn nach zehnstündigem Gefecht zum Rückzug nach Otjosasu gezwungen. Er hat große Verluste erlitten." ..... Sehr bedenklich aber würde es uns erscheinen, wenn man die wirklichen Vorgänge irgendwie zu verschleiern suchte.

Diese Verschleierung aber wird von offiziöser Seite mit Hochdruck betrieben. Anders kann man die Versuche nicht bezeichnen, die ein Berliner Blatt, das sich der Regierung jederzeit zur Verfügung stellt, unternimmt, um den weiteren Rückzug Leutweins zu beschönigen. Es meldet:

Oberst Leutwein beabsichtigt, mit der Hauptabteilung von Otjosasu aus in südöstlicher Richtung auf Seeis zu abzumarschieren. Sein in der vorigen Woche ausgeführter Marsch nach Okatumba ist als ein seitlicher Vorstoß aufzufassen, der die dort stehenden Herero beunruhigen (!) sollte, und es wurden deshalb auch keine Nachschübe an Munition und Proviant organisiert. (!) Der Entschluß Leutweins, nach Südosten abzurücken, berechtigt (!) auch zu der Annahme, daß die Lage der Kolonne v. Glasenapp von dem Gouverneur nicht als besorgniserregend angesehen wird.

Es ist ein sehr bedenkliches, um nicht zu sagen leichtfertiges Spiel, das die Offiziösen hier treiben. In Wahrheit ergibt sich aus diesem südöstlichen Abmarsche Leutweins, daß sein „Beunruhigungsvorstoß" mißlungen ist und daß er den Gedanken an eine Vereinigung mit der Kolonne Glasenapp hat aufgeben müssen.

Alles in allem: Es ist sehr wahrscheinlich, daß uns die nächste Zeit noch höchst trübe Nachrichten über den Verlauf des südwestafrikanischen Feldzuges bringen wird.

Wer trägt Schuld an dem Hereroaufstande?

Die Denkschrift betreffend die Bereitstellung eines Fonds von zwei Millionen Mark für die Entschädigung der durch den Hereroaufstand geschädigten Ansiedler in Deutsch-Südwestafrika enthält einen sehr bemerkenswerten Passus. Es heißt da:

Auszuschließen von dem Empfang staatlicher Hilfsleistungen werden alle diejenigen sein, welche nachgewiesenermaßen beim Aufstand eine der Landesregierung unfreundliche Haltung eingenommen **oder den Aufstand durch eigenmächtige gesetzwidrige Handlungen mit verschuldet haben.**

Während bisher in allen bürgerlichen Zeitungen zu lesen stand, wie undankbar sich die Hereros gegen die Weißen betragen hätten, gibt hier eine amtliche Denkschrift zu, daß der Hereroaufstand durch eigenmächtige und gesetzwidrige Handlungen weißer Ansiedler verschuldet oder doch mitverschuldet ist.

Diese Ansiedler sind übrigens recht bescheidene Leute. Aus Windhuk wird nämlich gemeldet: Eine zahlreich besuchte Versammlung von Ansiedlern beschloß einstimmig, das Gouvernement zu bitten, es möchte seinen ganzen Einfluß dafür einsetzen, daß die Entschädigungen nicht an irgendwelche einschränkenden Bedingungen geknüft werden sollten. Nur bei voller Entschädigung werden die Ansiedler im Lande verbleiben, andernfalls werden sie auswandern.

Die Landtagswahlen in Altenburg

haben dieser Tage stattgefunden. Ueber den Ausfall der Wahlen schreibt eine Altenburger Korrespondenz: Der Wahlkampf hat insofern eine Enttäuschung bereitet, als wir, anstatt wie wir hoffen durften noch zwei Mandate zu gewinnen, ein Mandat an den Bund der Landwirte verloren haben. Immerhin besteht für uns kein Anlaß, etwa den Kopf hängen zu lassen; denn unsre Stimmenzahl ist auf dem platten Lande unerwartet stark gestiegen und nur unter äußerster Kraftentfaltung konnten unsere Gegner ihre Position noch einmal behaupten. Für uns konnte bei dem hier bestehenden Wahlklassensystem natürlich nur die letzte Wählerklasse in Frage kommen, die über sieben Mandate verfügt. Hier war der Wahlkampf außerordentlich erbittert.

In den Städten haben wir mit erheblichen Majoritäten glatt gesiegt, unser Stimmenzuwachs übertraf noch unsre Erwartungen. Anders lag die Sache auf dem Lande. Dort hat der Bund der Landwirte eine Organisation, die sich bis auf das kleinste Dorf erstreckt. An der Spitze stehen natürlich die in entlegenen Gegenden ziemlich einflußreichen Gemeindevorsteher. Der Einfluß, den diese Organisation ausüben kann, ist um so größer, als uns auf dem Lande fast nirgends Säle zur Verfügung stehen. Trotzdem ist in allen ländlichen Bezirken die Stimmenzahl gewaltig gestiegen, so im 4. ländlichen Wahlkreise von 612 (1901) auf 1070. Gewählt sind für die nächsten drei Jahre die Genossen Buchwald, Käppler und Horn.

Die Hofbankiers der Kaiserin, Schulz und Romeick, sind am Montag abend in Berlin plötzlich wieder verhaftet worden. Bekanntlich waren diese Herren nach dem Zusammenbruch der von ihnen geleiteten Pommernbank vor etwa zwei Jahren in Untersuchungshaft genommen worden. Nach etwa einjähriger Untersuchung kam es in Moabit zur Verhandlung, die zwei Monate lang dauerte und — mit einer Vertagung schloß, da in neue Beweiserhebungen eingetreten werden sollte. Insbesondere handelte es sich darum, ob die Bank von ihr erworbene resp. beliehene Grundstücke in schwindelhafter Weise weit über ihren Wert hinaus geschätzt hatte. Jetzt, nach einjähriger Arbeit der Taxatoren, hat die Strafkammer erkannt, daß die Sache für die Angeklagten höchst ungünstig stände und deren neuerliche Verhaftung angeordnet.

Am 2. Mai beginnt die neue Verhandlung, deren Ende nicht abzusehen ist. Als im Vorjahre die Verhandlung für den Tag der Reichstagswahlen angesetzt wurde, erzählte man sich in Berlin den Witz, der Gerichtshof habe beschlossen, die Verhandlungen im Pommernbank-Prozesse jedesmal bei stattfindenden Reichstagswahlen anzusetzen. Geht der Zickzackkurs des gerichtlichen Amtsschimmels so wie bisher weiter, so dürfte der Witz nicht weit von der Wahrheit treffen.

Man mag vor der „richterlichen Gewissenhaftigkeit" allen schuldigen Respekt haben, sicherlich haben aber die bisherigen Wechselfälle der Pommernbank gezeigt, daß unsere Strafjustiz geistig den Forderungen nicht gewachsen ist, die dieser Prozeß an sie stellt.

Im Zusammenhange mit dem Pommernbank-Prozeß stand ein Prozeß, der gestern gegen unseren Parteigenossen Georg Bernhardt vor einem Berliner Schöffengericht stattgefunden hat. Kläger war Dr. Max Wittenberg, Chefredakteur der Neuen Hamburgischen Börsenhalle. Es handelt sich um einen von Bernhardt verfaßten Artikel in Nr. 151 der Morgenpost. In diesem wurden über die im Pommernbank-Prozeß hervorgetretene „Preß-Korruption" Betrachtungen angestellt und dem Dr. Wittenberg vorgeworfen, daß er die journalistische Berufsehre mit Füßen getreten, daß er gegen eine Subvention von 12 000 M. sich der Pommernbank verkauft, daß er in der hypothekenbank-Affäre eine mehr als bedenkliche Rolle gespielt habe, daß er wahrscheinlich auch von der Sandenbank Bezüge erhalten habe u. s. w. u. s. w.

Genosse Bernhardt wurde zu 75 Mark Geldbuße verurteilt. Der Vorwurf der Bestechlichkeit erschien dem Gerichte zu weitgehend, es wurde aber zu gunsten des Angeklagten in Betracht gezogen, daß Dr. Wittenberg Angestellter der Pommernbank gewesen ist, gleichwohl aber in der von ihm herausgegebenen Zeitung Artikel zu gunsten der Bank geschrieben hat, ohne ein finanzielles Verhältnis zur Bank seinem Leserkreise bekannt gegeben zu haben.

Wegen Kaiserbeleidigung standen am Sonnabend der Maurer Balke und der Kupferschmied Harms vor der Strafkammer zu Verden. Balke wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, Harms aber freigesprochen.

Ausland.

Ungarn. Eine Lohnzulage von zwei Millionen ist einmal wieder dem alten Franz Joseph als König von Ungarn zugedacht. Aber die lieben Untertanen als Arbeitgeber wollen nicht an die Lohnzulage heran. Der Voss. Ztg. wird darüber aus Budapest telegraphiert: In der diese Nacht abgehaltenen Konferenz der Aeußersten Linken wurde beantragt, die geplante Erhöhung der Zivilliste um zwei Millionen Kronen mit allen Mitteln zu bekämpfen. Das Wort „Obstruktion" ist dabei zwar nicht ausgesprochen worden, doch wird, wenn dieser Antrag zum Parteibeschluß erhoben werden sollte, offenbar wieder mit Obstruktion gearbeitet werden.

Hoffentlich wird der König nicht streiken, wenn ihm die Zulage verweigert wird.

Italien. Die Erlaubnis zur Zivilehe wollen die päpstlichen Unterbeamten durch eine Petition bei Pius X. zu erlangen suchen. Die armen Leute stehen mit ihren Frauen und Kindern in recht unangenehmer Lage, da es ihnen bisher streng verboten ist, sich anders als kirchlich trauen zu lassen. Es scheint, daß der „Liberalismus" des derzeitigen hl. Vaters auf Grund einiger kleinen Konzessionen, die er der „Weltlichkeit" machte, zu hoch eingeschätzt wird.

England. Von stillgelegten Kohlen-Bergwerken bekommt man nun auch leider aus England zu hören. So beschloß die Mehrheit der Kohlenzechen von Lancashire am vergangenen Sonnabend, die Gruben stillzulegen, wodurch etwa 60000 Arbeiter brotlos würden. — Auf vielen Zechen wird nur an 4 Tagen der Woche gearbeitet, auf anderen sogar nur an dreien. Eine große Anzahl leitender Firmen von Süd- und Südost-Lancashire trägt sich mit der Absicht, ihre unrentablen Werke im Mai stillzulegen.

In Rorley und Halesoren wurden 2 Kohlenbergwerke am Sonnabend gleich geschlossen unter der Motivierung, der Handel liege augenblicklich so sehr danieder, daß keine annehmbaren Preise erzielt würden, und — die Kosten für Förderung der Kohle seien demgegenüber zu hoch!

Der Krieg in Ostasien.

Vor Port Arthur nichts Neues. Ueber die Landoperationen wird aus Petersburg gemeldet: Am Jalufluße wurden zwischen den beiderseitigen Vorposten neuerdings mehrmals Schüsse gewechselt. Während eines solchen Scharmützels am 16. d. M. wurden 6 Japaner getötet. In der Nacht auf den 18. kam es wiederum zu einem kleinen Feuergefecht, dessen Resultate vorläufig unbekannt sind. Die japanischen Vorposten verkleiden sich vielfach als friedliche Einwohner, indem sie Stroh um ihre Uniformen wickeln. Auch rufen sie die russischen Posten nachts in russischer Sprache an, um deren genaue Standorte zu erfahren.

Russenfeindliche Strömungen machen sich mehr und mehr bei den Chinesen bemerkbar. Dieselben haben, wie aus Tschifu gemeldet wird, daselbst im Ostfort unter der Leitung eines der chinesischen Flotte entnommenen englischen Instrukteurs eine Artillerieschießschule mit 100 Rekruten und 20 Kadetten eröffnet. In Niutschwang sieht man überall Anschläge in russischer und chinesischer Sprache, in denen, da die Chinesen sich weigern, Nahrungsmittel in die Mandschurei aus China hineinzulassen, die Ausfuhr von Gold, Nahrungsmitteln und andern Gegenständen aus der Mandschurei verboten wird.

Einer Meldung des Daily Chronicle aus Schanghai zufolge haben die russischen Behörden den Tatarengeneral von Kirin verständigt, daß die chinesischen Truppen die ganze Provinz Kirin räumen müssen.

Deutscher Reichstag.

70. Sitzung. Dienstag, 19. April 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Frhr. v. Richthofen.

Ein schleuniger Antrag Dr. Mugdan (Freis. Vpt.) und Genossen, ein in der gestrigen Sitzung verlesenes Schreiben des Ersten Staatsanwalts zu Flensburg betr. die Strafverfolgung des Abgeordneten Jessen (Däne) der Geschäftsordnungs-Kommission zur Berichterstattung zu überweisen, wird debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats des

Auswärtigen Amts.

Bei dem Titel Staatssekretär begründet

Abg. **Münch-Ferber** (natl.) eine Resolution, wonach vom nächsten Etatsjahr ab den deutschen Konsuln im Auslande zur Unterstützung in wirtschaftlichen Angelegenheiten ein aus deutschen Kaufleuten gebildeter Beirat zur Seite gestellt werden soll. Amerika hat bereits eine Handelskammer in Berlin und macht uns schon heute eine enorme Konkurrenz in Deutschland und noch mehr auf dem Weltmarkt. Ebenso bedrohlich ist die Konkurrenz Englands, Frankreichs und Italiens auf dem Weltmarkt. Italien hat uns fast vollständig aus Argentinien verdrängt, trotzdem wir aus diesem Lande bei weitem mehr importieren als Italien. Dies Verhältnis sollte man sich beim Abschluß von Handelsverträgen stets mit Flammenschrift vor Augen halten. (Sehr richtig! bei den Natl.) Ich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219040421-12/fragment/page=0002

bitte Sie, meinen Antrag zuzustimmen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Dove** (Freis. Vgg.): Mit der Tendenz des Antrages sind wir gewiß alle einverstanden, die einzelnen Forderungen desselben werden wir uns aber doch noch genauer ansehen müssen. Unsern Export hat der Vorredner doch wohl unterschätzt. (Sehr richtig! links.) Von der Tätigkeit der amerikanischen Berliner Handelskammer hat man noch nicht viel gehört und die 7 englischen Handelskammern im Ausland entsprechen durchaus dem Umfang seines Handels. — Die sehr guten Informationen der Nachrichten für Handel und Industrie, welche das Reichsamt des Innern herausgibt, sind wohl auf die Tätigkeit der Handelsstaaches zurückzuführen. Wir teilen ja auch den Wunsch nach weitergehenden Informationen und wenn dieser Wunsch auf dem Wege des Antrages erfüllbar ist, so kann man ja einen vorsichtigen Versuch nach dieser Richtung machen. Die Bureaukratisierung des Handelskammerwesens ist uns allerdings nicht besonders sympathisch. Wir glauben vielmehr, daß diese Institution auf freier Grundlage ihren Zweck besser erfüllen wird. (Bravo!)

Abg. **Biell** (Freis. Vpt.) ist mit dem Grundgedanken des Antrags Münch-Ferber durchaus einverstanden, macht aber einzelne Bedenken geltend. Sollen z. B. die Beiräte gewählt oder vom Konsul im Ausland ernannt werden? Daß diese Beiräte einen Sammelpunkt für die Deutschen im Auslande bilden würden, wie Herr Münch-Ferber meinte, bestreite ich entschieden. Diese Aufgabe erfüllen die deutschen Schulen weit besser. (Bravo! links.)

Staatssekretär Freiherr **v. Richthofen**: Herr Münch-Ferber hat uns die amerikanischen Konsuln als Muster vorgeführt; die amerikanische Presse führt aber gerade die deutschen Konsuln als nachahmenswertes Beispiel an. Auch in Frankreich wird das deutsche Konsularsystem als das beste anerkannt, wie erst jüngst in einem Artikel der Aurore ausgeführt wurde. Aber auch im Inlande stehen wir nicht ganz ohne Dank da. So schreibt uns ein deutscher Fabrikant, er habe sich an hundert deutsche Konsulate im Ausland gewandt mit der Bitte um Auskunft über die jeweiligen Marktverhältnisse zwecks Anknüpfung von Geschäftsverbindungen. Diese Auskunft sei ihm in ausführlicher Form prompt erteilt worden, wofür er uns seinen besonderen Dank aussprache. — Das Auswärtige Amt hat früher gegen die Errichtung von deutschen Handelskammern im Auslande Stellung genommen, weil es in dem Namen „Handelskammer" einen Eingriff in die Rechte des fremden Staates erblickte. Wenn hier in Deutschland Handelskammern begründet wurden, sind wir bisher über diese Bezeichnung hinweggegangen, haben aber amtliche Beziehungen zu diesen Handelskammern nicht angeknüpft. Denn die Erfahrung hat ergeben, daß es leicht zu Zwistigkeiten zwischen derartigen Hilfskammern und den das Reich vertretenden Konsuln kommt. Nun ist in dem Antrage Münch-Ferber die Bezeichnung „Handelskammer" weggefallen; auch wird der Beirat den Konsuln zugeteilt, so daß die Möglichkeit von Differenzen zwischen beiden wegfällt. Wir haben daher keine wesentlichen Bedenken mehr gegen diesen Antrag, wenngleich wir uns nicht allzu viel von ihm versprechen.

Abg. Graf **Kanitz** (konf.): Die Ausführungen des Abgeordneten Münch-Ferber haben mich davon überzeugt, daß wir alles daran setzen müssen, uns vom Auslande auf diesem Gebiete nicht überflügeln zu lassen. Wichtiger aber als der Beirat ist für uns die Erlangung angemessener handelspolitischer Beziehungen zu Amerika. Meine Partei wird für den Antrag Münch-Ferber stimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. **Osel** (Zentr.) schließt sich der Anerkennung für die Ausbildung des deutschen Konsularwesens an. Wenn wir eine Statistik des indirekten Warenverkehrs hätten, könnte ein gut Teil, besonders des englischen Zwischenhandels, von uns ausgeschaltet werden.

Staatssekretär Freiherr **v. Richthofen**: Die Wünsche des Vorredners sind nicht so leicht zu erfüllen. Die bisherigen Ermittelungen über den indirekten deutschen Import und Export haben ein greifbares Resultat nicht gehabt. Richtig ist, daß bei einem derartigen Mangel die Statistik zur Festsetzung der Handelsbilanz nur einen relativen Wert hat. Wegen der Beobachtung der Getreidepreise will ich mich mit meinem Kollegen vom Innern und dem Landwirtschaftsminister in Verbindung setzen.

Abg. **Kaempf** (Freis. Vpt.): Bei der Verhandlung über die Interpellation betreffend die Tätigkeit russischer Polizeiorgane auf deutschem Gebiet ist auch erörtert worden, wie Rußland die deutschen Staatsangehörigen jüdischen Glaubens behandelt. Diese Behandlung hat in weiten Kreisen Erregung, ja Erbitterung hervorgerufen. Ein grelles Streiflicht auf die Verhältnisse, wie sie in Rußland bestehen, wirft der Erlaß des russischen Ministers des Innern, worin den Gouverneuren empfohlen wird, sofort bis zur Beendigung des Krieges eine mildere Praxis gegen die Juden einzuschlagen. Die Wendung „bis zur Beendigung des Krieges" enthebt mich jeder weiteren Kritik. Für die Behandlung der Angehörigen jüdischen Glaubens in Rußland kommen die Bestimmungen der deutschen Reichsverfassung und des deutsch-russischen Handelsvertrages in Betracht. Nach der Reichsverfassung haben alle Deutschen gleichmäßigen Anspruch auf den Schutz des Reiches und dieser Grundsatz ist auch in dem Handelsvertrag mit Rußland niedergelegt. Aber mit diesen Vertragsbestimmungen stehen die Verhältnisse im schärfsten Widerspruche. (Hört, hört! links, Unruhe rechts.) Während das Paß des Christen ohne weiteres visiert wird, bekommt jeder, der den Anschein erweckt, als ob er Jude sei, die Bemerkung „Jude" eingetragen; und diese Bemerkung bedeutet in Rußland ungefähr ebensoviel, wie die Ueberschrift über Dantes Höllentore. (Sehr richtig! links, Lärm rechts.) Ist doch dem deutschen Juden das Betreten einer ganzen Reihe russischer Provinzen überhaupt untersagt. Durch solche Bestimmungen wird der Zweck der Handelsverträge überhaupt illusorisch gemacht. Der deutsche Jude ist in Rußland jeder Demütigung, jeder Willkür ausgesetzt. (Hört, hört! links.) In Kiew muß er in Hotels vierten Ranges Unterkunft suchen.

Redner verliest eine Anzahl Briefe, welche von den Schikanen berichten, die ihren Verfassern in Rußland widerfahren sind. So wurde z. B. ein Kaufmann an die ostpreußische, statt an die schlesische Grenze gebracht, obwohl der Zug nach Kattowitz nur eine Stunde später abfuhr. Ganz besondere Verhältnisse, über die deutsche Konsuln und Generalkonsuln nicht genügend unterrichtet zu sein scheinen, herrschen im Gebiet der russischen Don-Kosaken. Nur mit den alleräußersten Schwierigkeiten und nur sehr großen Kaufleuten ist es möglich, die Messe in Rostow zu besuchen. — Verheirateten Frauen, welche nach Deutschland geheiratet hatten, aber Angehörige und Verwandte in Rußland besaßen, ist das Paßvisum nicht erteilt worden, so daß sie nicht an das Kranken- oder das Sterbebett ihrer Eltern oder Geschwister eilen konnten. (Hört, hört! links.) Auch Gelehrten wird das Paßvisum verweigert und jüdischen Aerzten ist erst dann der Zutritt zu dem medizinischen Kongreß in Moskau gewährt worden, als Berliner Kapazitäten ihre Teilnahme von dieser Zulassung abhängig machten. Das zeigt nebenbei, daß man in Rußland für einen kräftigen Widerstand sehr empfänglich ist.

Wie Rußland seine eigenen Juden behandelt, ist seine Sache, aber die deutschen Juden sind deutsche Staatsbürger und haben den verfassungsmäßigen Anspruch auf dieselbe Behandlung wie die anderen Staatsbürger. (Lebhaftes Bravo! links.) Die deutsche Verfassung kennt weder Juden noch Christen, sondern nur Deutsche. Möge die Staatsregierung bei den Handelsvertragsverhandlungen nach diesem Grundsatz handeln, damit nicht das stolze Wort: civis Romanus sum jenseits der russischen Grenzpfähle seine Giltigkeit verliert. (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. **v. Böhlendorff** (konf.) beklagt sich über die sechswöchentliche Haft eines angeblichen Transvaalkriegers und verlangt eine Entschädigung für denselben.

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (Freis. Volksp.) bringt ebenfalls die Frage der Entschädigung für die Deutschen in Transvaal zur Sprache. Manchmal lassen es unser Konsulatsbeamten an der nötigen Energie fehlen. Von den vom deutschen Auswärtigen Amt anerkannten Forderungen hat England nur 9 Prozent gezahlt, die Bezahlung des Restes hat es ohne Angabe von Gründen abgelehnt. (Allgemeines Hört, hört!) Gerade vom Standpunkt derer, die keine künstliche Verhetzung zwischen England und Deutschland wollen, kann eine derartig einseitige Behandlung der Frage durch die englische Regierung nicht gewünscht werden. Auch die deutschen Ansiedler in Samoa warten seit fünf Jahren auf ihre Entschädigung. Hoffentlich macht es in England Eindruck, daß in diesen Fragen auch die sonst durchaus nicht englandfeindlichen Parteien einmütig mit den andern zusammenstehen. (Bravo! links.)

Staatssekretär Frhr. **v. Richthofen**: Wenn sich in der Samoafrage eine friedliche Vereinbarung mit England und Amerika nicht erzielen läßt, so werden wir den König von Schweden, der als Schiedsrichter in thesi zu gunsten von Deutschland entschieden hat, auch zum Schiedsrichter über die Einzelheiten aufrufen. In der südafrikanischen Entschädigungsfrage weicht leider die Auffassung der englischen Regierung von der der Redner hier im Hause wesentlich ab. Die englische Regierung schließt grundsätzlich aus 1. alle Deutschen, die auch Angehörige der beiden Republiken waren; 2. alle, die auch ohne eigene Schuld eine Neutralitäts-Verletzung begangen haben; 3. alle Gesellschaften, darunter auch die Missionsanstalten. Die anderen Länder haben auch keine besseren, zum Teil weit schlechtere Resultate erzielt. Redner bespricht dann die Fälle Diel, Dr. Tielmann, Ratmann. Unser Vertreter hat das Möglichste erreicht, wie das Anerkennungsschreiben eines auch nicht befriedigten Reklamanten beweist. Man möge doch die Stellung der Deutschen im Auslande nicht dadurch schädigen, daß man die deutschen Vertreter im Auslande grundlos beschuldigt. (Vielfache Zurufe: und Rußland, Rußland?)

Abg. Graf **Kanitz** (konf.) beschwert sich über die lästigen Paßschwierigkeiten, die deutschen Stromschiffern in Rußland gemacht werden.

Ministerialdirektor **v. Franzius** (auf der Tribüne schwer verständlich) erklärt, daß das Auswärtige Amt wenig Einfluß in der Angelegenheit habe.

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (Frs. Vpt.): Wenn die Regierung nur ihr Bedauern über die Vexationen deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in Rußland auszudrücken vermag, dann ist das stolze Wort: Civis germanus sum! nur Hohn. (Lachen rechts.) Herr Pauli hat mit dem Lachen, durch das er die Ausführungen des Abg. Kämpf störte, wenig nationales Empfinden bewiesen. Ich wünsche dringend, daß das Auswärtige Amt dafür sorgt, daß die Mißhandlungen deutscher Bürger jüdischen Glaubens in Rußland aufhören. (Bravo! links.)

Abg. **Dahlem** (Ztr.) beschwert sich über vertragswidrige Uebergriffe holländischer Schiffer beim Lachsfang im Rhein.

Staatssekretär Frhr. **v. Richthofen**: Wir werden fortfahren, nach Möglichkeit eine bessere Behandlung für die deutschen Juden in Rußland zu erreichen. Die russische Regierung gewährt aber auch den österreichischen, englischen und amerikanischen Juden keine bessere Behandlung.

Abg. **v. Kardorff** (Rpt.) stimmt dem Abg. Müller-Meiningen darin völlig bei, daß eine bessere Behandlung unsrer jüdischen Mitbürger in Rußland durchaus wünschenswert sei. Rußland scheint aber darauf nicht eingehen zu wollen. Wenn Herr Dr. Müller-Meiningen dann lieber gar keine Handelsverträge will — nun damit bin ich ja ganz einverstanden. (Heiterkeit.)

Abg. **Gothein** (Frs. Vgg.): Die Aeußerungen des Herrn v. Kardorff sind geeignet, von vornherein die Aussichten unserer Unterhändler auf Erfolg auf diesem Gebiete illusorisch zu machen. (Sehr richtig! links.)

Abg **v. Kardorff** (Rpt.) tritt den Ausführungen des Vorredners entgegen.

Der Titel wird hierauf bewilligt und die Resolution Münch-Ferber gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Die Kommission hat die für eine Ministerresidentur in La Paz in Bolivia geforderte Summe von 37 000 M. gestrichen.

Staatssekretär Frhr. v. Richthofen sowie die Abgg. von Böhlendorff (konf.), Dr. Arendt (Rpt.) und Paasche (natl.) bitten im Interesse des deutschen Handels, der in Bolivia der nordamerikanischen Konkurrenz zu begegnen habe, um Wiederherstellung der Position.

Die Forderung wird entgegen dem Kommissionsbeschluß von einer Mehrheit bewilligt, die sich aus beiden konservativen Parteien, den Nationalliberalen, der Freisinnigen Vereinigung und einigen Zentrumsabgeordneten zusammensetzt.

Zum Kapitel Allgemeine Fonds hat die Kommission einen Titel zu „Kommissionszwecken" im Betrage von 35 000 Mark gestrichen. Die Abg. Dr. Spahn (Zentr.), Dr. Stockmann (Rp.), Frhr. v. Richthofen (konf.), Graf Oriola (natl.) wollen 16 000 Mark bewilligen.

Abg. Dr. **Spahn** (Zentr.) begründet seinen Antrag.

Abg. Dr. **Südekum** (Soz.): Herr Dr. Spahn ist hier als freiwilliger Regierungskommissar aufgetreten. Wir sehen keinen Anlaß, auch nur einen Teil der Forderung zu bewilligen, zumal die Kommission einstimmig die Streichung der Position beschlossen hatte, um der Kolonialverwaltung und dem Reichsschatzamt ein Mißtrauensvotum zu erteilen, weil dieser Titel eine Verschleierung des Etats darstellt. Man hat es nicht einmal für nötig gehalten, zu sagen, daß das Geld für Kolonialattachés in London, Paris usw. bestimmt war. Wenn man so vorgeht wie Herr Spahn, dann wird man kaum die Kolonialverwaltung abschrecken, in Zukunft genau wieder ebenso zu verfahren. Wenn wir in einem wirklich konstitutionellen Staate lebten, wäre der Kolonialdirektor einfach unmöglich geworden. Da dies aber nicht der Fall ist, so wird vielmehr dieser Zwischenfall ihn vielleicht länger, als sonst vor dem Lucanus bewahren. (Bravo! links).

Reichsschatzsekretär Frhr. **v. Stengel**: Das Mißtrauensvotum, das mir erteilt worden ist, läßt mich zum Glück kalt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Immerhin gebe ich zu, daß die Beteiligung des Reichsschatzamtes bei Etats-Ueberschreitungen bisher etwas mangelhaft gewesen ist. Ich bemerke aber, daß eine bessere Regelung der Angelegenheit eingeleitet ist. Von einer Verschleierung kann auf keinen Fall die Rede sein.

Abg. Frhr. **v. Richthofen** (konf.) tritt ebenfalls der Ansicht des Abg. Südekum entgegen, daß es sich um eine Verschleierung gehandelt habe; nachdem er die nötige Aufklärung erhalten habe, werde er im Gegensatz zu seiner Kommissions-Abstimmung im Plenum für den Antrag Spahn stimmen.

Abg. Dr. **Paasche** (natl.) tritt nochmals für den Antrag Spahn ein, desgleichen Abg. Arendt (Rp.).

Kolonialdirektor Dr. **Stübel** erklärt, daß die Kolonialattachees zum 1. April zurückberufen wurden, da sie nur kommissarisch beschäftigt waren. Die Regierung bedauere aber, auf ihre hochgeschätzten Dienste verzichten zu müssen.

Abg. Dr. **Südekum** (Soz.): Die etatrechtlichen Ausführungen des Staatssekretärs dürfen nicht unwidersprochen hingenommen werden. Das Bewilligungsrecht der Fonds bezieht sich doch nicht nur auf die ausgeworfenen Summen, sondern auch auf die Zustimmung zu dem Zwecke, für den sie verwendet werden und der daher angegeben werden muß. Aus der allgemeinen Bezeichnung „für Kommissionszwecke" läßt sich nicht herauslesen, daß das Geld zur Besoldung von auf lange Zeit angestellten Beamten bestimmt ist. Mindestens in einer Anmerkung hätten die Kolonialattachees gesondert genannt werden müssen. Daß sie nicht etatmäßig angestellt sind, habe ich nicht gewußt.

Der Wink, auf den hin die Regierung reinen Wein einschenkte, war wirklich ein höchst deutlicher Wink mit dem Zaunpfahl. Ob man der Regierung die Absicht der Verschleierung imputieren will, ist Sache der Auffassung des einzelnen Falles oder des Geschmacks; die Veröffentlichung im Kolonialblatt läßt freilich geradezu auf die Absicht der Verschleierung schließen. Schon im Hinblick auf die geradezu phantastische Forderung des Kolonialdirektors von Südwestafrika, auf die wir noch zu sprechen kommen werden, bitte ich, den ganzen Betrag zu streichen. (Lebhaftes Bravo! links.)

Damit schließt die Diskussion. Die Regierungsvorlage wird einstimmig abgelehnt, dagegen der Antrag Spahn gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen Volkspartei angenommen.

Der Beschluß der Kommission, die für eine Sommerwohnung des Gesandten in Teheran geforderten 80 000 M. zu streichen, wird entgegen einem konservativen Antrag auf Wiederherstellung des Postens aufrecht erhalten.

Der Rest des Etats wird debattelos bewilligt.

Es folgt die Interpellation Graf Oriola (natl.) betr. den Zeitpunkt der endlichen Vorlegung eines Militärpensionsgesetzes.

Abg. Graf **Oriola** (natl.) begründet die Interpellation. Man habe den Reichstag jahrelang mit Vertröstungen hingehalten.

Kriegsminister **v. Einem** erklärt, daß ein Gesetz über diese Materie bereits den Bundesrat beschäftige und vielleicht noch in dieser Session dem Reichstag zugehen werde. Ein bestimmter Zeitpunkt für den Abschluß der Beratung im Bundesrat läßt sich nicht angeben. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Auf Antrag des Abg. Sattler (natl.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen, indessen auf Mittwoch 1 Uhr verschoben.

Außer der Interpellation steht der Etat des Allgemeinen Pensionsfonds, des Reichsinvalidenfonds, der Expedition nach Ostasien und die Interpellation Auer betreffend die Stillegung der Kohlengruben im Ruhrrevier auf der Tagesordnung.

Schluß 6¾ Uhr.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Däumig in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219040421-12/fragment/page=0003

Kennen Sie unser Rabatt-System?

Gesetzlich geschützt!

Rabatt-Karte

D. R. G. M. 100000

Warenhaus Leopold Nussbaum

Halle a. S.

Gr. Ulrichstrasse 60/61.

Diese mit unseren Rabatt-Marken beklebte Karte nehmen wir mit

1 Mark

in Zahlung.

Verlangen Sie Rabatt-Marken!

Die Räumungs-Woche

dauert nur noch bis Sonnabend den 23. April einschl.

Prüfen Sie die Qualitäten unserer Waren!

Warenhaus Leopold Nussbaum.

Sozialdemokratischer Verein für Halle und den Saalkr.

Donnerstag den 21. April abends 8½ Uhr im Restaurant „Drei Könige", Kl. Klausstr. 7

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Stadtverordnete und Magistrat. Referent: Stadtverordneter **Ad. Thiele.** 2. Diskussion. 3. Die diesjährige Maifeier. 4. Geschäftliches und Verschiedenes.

Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Verein Hohenmölsen.

Sonntag den 24. April nachm. 3 Uhr im Bahnhofs-Restaurant

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom I. Quartal. 2. Vortrag. 3. Maifeier betr. 4. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen aller erwartet **Der Vorstand.**

Gleichzeitig ersuche alle Parteigenossen sich Sonnabend abends 8 Uhr im Parteilokal einzufinden, da eine wichtige Besprechung stattfinden muß.

Mit Parteigruß Albin Heinold.

Sozialdemokratischer Verein Zipsendorf.

Sonntag den 24. April nachmittags 3 Uhr im Jahrschen Gasthof

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die Gemeinderatswahl. 2. Maifeier.

Der Vertrauensmann.

Gasthof „Zum grünen Baum", Teuchern.

Sonnabend den 23. April

großer humor. Abend,

ausgeführt von der Truppe des Charakter-Komikers Herrn **Strzelewicz** aus Pankow.

Einen genußreichen Abend versprechend, ladet hiermit freundlichst ein **Theodor Kuhblank.**

Anfang abends 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Merseburg. — Funkenburg.

Sonntag den 24. April kommt Strzelewicz, Berlin.

Walhalla-Theater.

Direktion: **F. W. Jedermann.**

Man muß die märchenhafte Ausstattungs-Idylle

Waldeszauber

mit dem berühmten Tenoristen Herrn **Siegm. Steiner** vom Friedr. Wilhelmstädt. Theater und der Primadonna Frl. **Rosa Kalig** vom Theater des Westens in Berlin **gesehen** und

Bachus Jacoby

den Genialsten seines Genres **gehört haben!**

Pa. Harb. Leinölfirnis	1 Pfd. 26 Pf.,	10 Pfd.	250 Pf.
Pa. Benzin	„ 25 „	1 Liter	35 „
Pa. Salmiakgeist	„ 20 „	„	35 „
Pa. Chlorwasser	„ 15 „	„	25 „
Pa. pulv. Borax	„ 25 „	5 Pfd.	120 „

Gardinen-Cremfarbe „Sonnenecht".

Louis Eisfeld, Gr. Ulrichstraße **62.**

Teile einer werten Nachbarschaft sowie einem geehrten Publikum ergebenst mit, daß ich das

Materialwarengeschäft von Hrn. Aug. Grenzdörfer

Böllbergerweg 9 übernommen habe und bitte das meinem Herrn Vorgänger entgegengebrachte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll **Heinrich Kunz**

Böllbergerweg 9.

Donnerstag den 21. April **großes Schlachtefest.**

Gemeinsame Ortskrankenkasse für den Kreis Liebenwerda.

Mittwoch den 20. April abends 8 Uhr findet im **Gasthofe z. Kronprinzen** zu Elsterwerda eine

Mitglieder-Versammlung

statt. Tagesordnung: Ersatzwahl zweier Delegierten.

Verein für naturgemäße Gesundheitspflege zu Zeitz

Freitag den 22. April abends 8½ Uhr in der Steinschenke

Versammlung.

Der Vorstand.

Vereinigte Gewerkschafts-Bibliothek Zeitz.

Den Gewerkschaften zur Kenntnis, daß am 1. und 8. Mai die Bibliothek geschlossen ist.

Das Gewerkschaftskartell.

Verband der Steinsetzer Zeitz.

Zu unserem am **Sonntag den 24. April** im Saale des **Preuß. Hofes** stattfindenden

Stiftungsfest mit Ball

laden wir alle Kollegen, sowie Freunde und Gönner höflichst ein.

Anfang 6 Uhr. Ende 3 Uhr.

Der Vorstand.

Stadt-Theater in Halle a. S.

Direktion: M. Richards.

Donnerstag den 21. April

Aufgehobenes Abonnement.

Zum Besten der Pensions- und Unterstützungs-Anstalt des Stadt-Theaters.

Der Trompeter v. Säkkingen.

Freitag: Zum 1. Male: **Rose Berndt.**

Neues Theater

Direktion E. M. Mauthner

Donnerstag den 21. April 1904: **Familie Schierke.**

Freitag: **Ideal-Ehemann.**

Freitag: **Frische Wurst u. Bratwurst**
F. Bermich, Zeitz, Mittelstr.

Freitag **Schlachte-Fest.**
Franz Hellmann, Zeitz, Nikolaistr. 6.

Freitag **Schlachte-Fest.**
K. Kämpfe, Zeitz, Kaiser Wilhelmstr. 26.

Freitag **Schlachtefest.**
H. Thelle, Zeitz, Schützenstraße.

Streckau.

Gasthof „Glück auf".

Sonntag den 24. April

Ball

d. **Männerturnvereins** zu Streckau, wozu mit guten Speisen u. Getränken bestens aufwartet **Alb. Zausch.**

Großes Lager in **selbstgefertigten Schaftstiefeln, Arbeiterstiefeln** sowie **Sonntagsstiefeln** für Herren, Damen und Kinder.

Eigene Reparaturwerkstatt.

Otto Töpfer, Eing. neb. Volkswohl. **Roter Turm, 1 Tr.**

Grabdenkmäler!

Aus Sandstein von 15 M. an
„ Granit „ 30 „
„ Marmor „ 20 „
Grabeinfassung
Granit 55—70 M.
Sandstein 30—35 M.

Preise verstehen sich fertig gesetzt auf den Friedhöfen.

Kinder-Grabsteine mit Engel von 20 M. an.

Inschrift in Granit 30 Pf. p. Buchstabe, in Marmor und Sandstein gratis.

Mit garantiert echt doppelt Dukaten-Gold.

Für alle von uns gelieferten Arbeiten leisten wir schriftliche Garantie.

5 Proz. Rabatt in bar. Zeichnungen mit Preisen gratis.

Grimmer & Co.

Diemitz-Halle a. S., Halleschestr. 9.

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller.**

Am Riebeckplatz, nächste Nähe des Haupt-Bahnhofes.

Täglich:

Völkerwanderung!!

zum Burlesque-Ensemble

Hartstein

Der **unverwüstliche Humor** von **Hartstein,** seine **famosen rhein. Typen,** s. **Schlagworte** sind bereits

Stadtgespräch.

In den tollen Burlesquen 8½ Uhr:

„Der Nihilist"

und 10 Uhr:

Ein Nachtasyl

lacht man **Tränen.**

Außerdem das **brillante**

Spezialitäten-Programm.

Bitte, versuchen Sie

meine seit Jahren bewährte

Fussbodenlackfarbe

à Pfd. 75 Pf.

Ernst Fischer,

Moritzzwinger 1.

Betten

kauft man am billigsten und reellsten

Schmeerstraße 11,

Ecke Alter Markt.

Groß, 1½ schläfrig, 2 Mtr. lang.

Nur dopp. ger. **neue** Federn.

Deckbett	Nr. 1	— 18 Mk.
Unterbett	Nr. 2	— 21 Mk.
2 Kissen	Nr. 3	— 25 Mk.

u. s. w.

5 % Rabatt.

Mitglied d. Rabattsparvereins.

Benckwitz Nachf.,

Schmeerstrasse 11.

Neue Straußfedern billigst in d. Fabrik, Geiststr. 10 Eing. Fleischerstraße 46.

Sohlleder-Ausschnitt,

Mass- und Lagerschäfte.

F. Noah, Lederhandlung,

Halle a. S., Gr. Klausstr. 7.

Fahrräder, neu, 74, 80, 90, 100 Mk., gebrauchte 20, 30, 40, 50 Mk., Laufdecken 4.50 b. 7.50 Mk., Luftschläuche 2.95 b. 4.00 Mk., Sattel 2.50, Pedale 2.50, Lenkstangen 4.00, Griffe 0.40, Lack 0.40, Glocken 0.25 bis 1.50, Ketten 2.40. Alles andere konkurrenzlos billig. **Reparaturen,** Emaillieren, Vernickeln werden den Verkaufspreisen entsprechend prompt und billigst ausgeführt.

Leipziger Fahrrad-Haus,

Halle, Moritzkirchhof 10.

Galop-Creme **Pilo** giebt den Schuhen wunderbaren Glanz

Farben, Lacke, PINSEL jeder Art.

Zemment,

lose und sackweise u. s. w.

Otto Kramer,

Drogen, Farben

9 Mittelwache 9

gegenüber der Glauch. Kirche

jetzt Steg 14.

Strohbücklinge

frische Sendung

à Korb 3 Mk.

offeriert **Karl Lange sen.**

Schultornister,
Schultaschen,
Schieferkasten
Schieferspitzer,
Schreibhefte,
Reißzeuge,
Federbüchsen

empfiehlt die

Volksbuchhandlung,

Geiststraße 21.

Wohne Hardenbergstraße 36.

Frau Hoffmann, Hebamme.

Todesanzeige.

Die Beerdigung unserer lieben guten Tochter **Bertha** findet am Donnerstag mittag 1 Uhr vom Südfriedhof aus statt.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Fr. Rechenberg u. Frau.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219040421-12/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 93. Halle a. S., Donnerstag den 21. April 1904. 15. Jahrg.

Parlamentarisches.

Wahlprüfungskommission. Die Kommission prüfte am 19. April die Wahl des Abgeordneten Dr. Becker (natl.) im 5. hessischen Wahlkreise Offenbach-Dieburg. Bei der Hauptwahl erhielten Stimmen: Ulrich-Offenbach (Soz.) 16 539, Becker 11 969; der Zentrumskandidat 6326. Bei der Stichwahl Becker 19 640, Ulrich 18 044. Ungiltige Stimmen wurden 145 gezählt, wovon die Kommission einige für Ulrich sowie für Becker als giltig erklärte. Gegen die Wahl Beckers hat Johannes Orb-Offenbach für die sozialdemokratische Partei Protest eingelegt und zu diesem Protest zwei Nachträge an den Reichstag eingesandt. Der Protest behauptet, daß mehrfach amtliche Beeinflussungen zu gunsten Beckers ausgeübt worden seien. Speziell werden im Hauptprotest zwölf Orte genannt, in denen Gemeinde- und Polizeidiener im Auftrage der Bürgermeister Flugblätter und Stimmzettel für Becker ausgetragen haben sollen. Die Kommission beschloß, darüber Erhebungen anstellen zu lassen, lehnte es aber ab, das gleiche für zwei weitere im 2. Nachtrag benannte Orte zu beschließen, da dies neue Angaben, keine Ergänzung der im Hauptprotest bestimmt gemachten Angaben seien und dieser Protest zu spät — am 18. Januar 1904 — eingegangen ist. Denn die Zahl der in den zwölf Orten für Becker abgegebenen Stimmen beträgt 1691, für Ulrich 561, so daß mit der Kassierung der Beckerschen Stimmen die Wahl ungiltig würde.

Zudem wurde aber noch beschlossen, Erhebungen darüber anzustellen lassen, ob, wie der Protest behauptet, bei der Maurerarbeit des Seb. Schmidt in Dieburg versucht worden sei, die Maurer durch **Stimmenkauf** für Becker zu gewinnen und daß in der Tat auch mehrere Stimmen gekauft worden seien, während andre Wähler das Angebot von Geld zurückgewiesen hätten. Endlich vernommen sollen die drei Maurer werden, die das Angebot zurückgewiesen, uneidlich dagegen die, welche Geld genommen haben, sowie Sebastian Schmidt und der Stadtkassierer Uebel, der das Geld zum Kauf an bestimmte Personen gegeben habe. Ferner sollen nach Beschluß der Kommission Erhebungen angestellt werden, ob, wie der Protest behauptet, der Bürgermeister in Sprendlingen die Bürgermeisterei förmlich als Wahlbureau eingerichtet und sogar Portoausgaben für Wahlzwecke aus der Gemeindekasse gemacht habe. In Sprendlingen wurden für Becker 250, für Ulrich 149 Stimmen abgegeben. Auch soll der Gendarm von Ernsthofen vernommen werden, ob er Stimmzettel für Becker an den Polizeidiener in Brandau besorgte, wie der Protest behauptet.

In Spachbrücken sollen sich während der Wahlhandlung zu gleicher Zeit mehrere Personen im Isolierraum befunden haben, zeitweise sogar zehn Personen, und zwar die Arbeitgeber einzelner Knechte und Tagelöhner, die kontrolliert hätten, ob die letzteren den „Becker-Zettel" in das Kouvert steckten. In Spachbrücken wurden für Becker 91, für Ulrich 10 Stimmen abgegeben.

Nach all diesen Einzelbeschlüssen stimmte die Kommission dem Antrage des Referenten, Abg. Goldstein, zu, **die Wahl zu beanstanden** und die beschlossenen Erhebungen anstellen zu lassen. Bestätigen die Erhebungen die Behauptungen des Protestes, dann muß die Wahl Beckers kassiert werden.

Die Münzkommission hielt Dienstag abend ihre erste Sitzung ab. Die Regierungsvorlage will bekanntlich die Fünfzigpfennigstücke nicht in Mischungen von 900 Teilen Silber zu 100 Teilen Kupfer prägen, wie die 1-, 2- und 5-Markstücke, sondern im Verhältnis von 750:250. In der Kommission wurden die im Plenum schon vorgebrachten Bedenken laut, ob bei dieser Legierung das Größenverhältnis so würde, daß sich die Fünfzigpfennigstücke von den Zehnpfennigern leicht unterscheiden lassen. Die Abgg. Arendt und Kern (kons.) hielten in der Durchlochung der Nickelmünzen die beste Unterscheidung gegeben. Dagegen traten die Abgg. Wurm und Thiele (Soz.) für noch etwas größere Dicke der Fünfziger ein; die Durchlochung habe doch sanitäre Bedenken und bedeute einen Rückschritt im Münzwesen. Abg. Raab (Antis.) beantragte schließlich, je zwei Modelle neuer Fünfziger vorzulegen in der Mischung von 750:250 und von 600:400, das eine Modell etwas dicker, das andere etwas größer. — In der nächsten Sitzung soll auch die Talerfrage erörtert werden. Sie findet den 26. April statt.

Aus einem Genesungsheim.

Schon häufig sind dem Volksblatt aus dem Sanatorium Sülzhayn bittere Beschwerden über dort bestehende Mißstände zugegangen. Nun war wohl nicht jede Mitteilung zur Veröffentlichung geeignet, weshalb davon Abstand genommen werden mußte. Neuerdings geht der Redaktion nun wieder eine Beschwerde zu, die so viel Beachtenswertes bietet, daß sie nachstehend vollinhaltlich zum Abdruck gelangt. Der Brief lautet:

Der Kampf gegen die Lungenschwindsucht ist in dem letzten Jahrzehnt in ein Stadium getreten, welches verdient, das Interesse sämtlicher Volksschichten auf dieses Gebiet zu lenken. Die Statistiken zeigen, daß die Sterblichkeit an Tuberkulose bereits im Abnehmen begriffen ist, welches jedoch nur verschiedenen eingreifenden Maßnahmen, z. B. der Errichtung von Lungenheilstätten, Erholungsheimen u. s. w. zu gute gerechnet werden kann. Diese Einrichtungen sind jedoch nur meistens für das bessergestellte Publikum, aber nicht für die unbemittelte Masse des Volkes bestimmt. Erst in den letzten Jahren wurden von den Landes-Versicherungs-Anstalten eigene Sanatorien zu diesem Zwecke gebaut, um auch dem minderbemittelten Teile des Publikums in dieser Hinsicht so viel wie möglich entgegenzukommen. Aber leider sind die Landes-Versicherungs-Anstalten nicht immer im stande, alle ihre Kranken in ihren eigenen Anstalten unterzubringen. In diesen gibt man sich in der Tat sehr viel Mühe, die Gesundheit der Erkrankten wieder herzustellen.

Um nun so viel wie möglich den Ansprüchen, die an die Versicherung gestellt werden, gerecht zu werden, ist die Anstalt gezwungen, die Kranken teilweise in Privat-Anstalten unterzubringen, wo der eigentliche Zweck der Sache, nämlich die Behandlung und Verpflegung der Kranken, in einem ganz anderen Lichte betrachtet und zu geschäftsmäßig betrieben wird. Das sehen wir schon dadurch, daß die Kosten der Verpflegung in den Anstalten, die von der Versicherungs-Anstalt geleitet werden, täglich pro Kopf zwischen 3.50 M. bis 4.50 M. schwanken, währenddem in den Privat-Anstalten, welche meistens nur Kranke von der Versicherungs-Anstalt zugeführt bekommen, derselbe Satz 2 bis 2.50 Mark beträgt. Die Differenz der Verpflegung in den Privat-Anstalten streicht der Unternehmer ein. Jedermann wird einsehen, daß dadurch die Gesundheit, speziell die Verpflegung des Erkrankten während der Kur, wesentlich beeinträchtigt, der eigentliche Zweck der Sache verfehlt wird.

Als Beispiel sei nur das Sanatorium Stubbe im Südharz angeführt. Hier sahen sich die Patienten veranlaßt, wegen der Nahrung und Reinigung Beschwerde bei der Versicherungs-Anstalt Sachsen-Anhalt zu führen, nachdem verschiedene Vorstellungen beim leitenden Arzt und beim Besitzer resultatlos verlaufen waren. Von der Versicherungs-Anstalt wurde darauf eine Kontrolle genannter Anstalt vorgenommen. Als Hauptschuldiger sollte damals das Küchenpersonal gelten, wie sich aber später herausstellte, war dieses nicht der Fall, sondern vor allen Dingen war der Besitzer selber schuld, indem hier die Sparsamkeit als höchste Tugend geübt wird. Nicht nur, daß die ärztliche Kontrolle bei der Pflege des Körpers, Abreibung, Duschen usw. eine schärfere sein müßte, sondern auch die wenigen und gänzlich ungeschulten Wärter sind nicht im stande, ihre Aufgabe zu erledigen. Die Umgebung der Lungenkranken soll hauptsächlich staubfrei gehalten werden, doch hier sind die inneren Räumlichkeiten, besonders die Liegehallen in einer Verfassung, daß selbst der Laie derartige Zustände einer Heilanstalt für unwürdig erklären muß. Ferner werden die Decken, Betten und Zimmer der Genesenen undesinfiziert den Nachkommenden überlassen, und dadurch wächst selbstverständlich die Gefahr der Ansteckung.

Dann wird auch über zu seltenes Baden geklagt; es sollen Patienten vorhanden sein, die 3, ja selbst 4 Wochen nicht gebadet sind, auch trotz wiederholter Anregung nicht zum Bade geführt wurden. Die Klosetts sollen ebenfalls sehr wenig in Ordnung gehalten werden, so daß häufig die Benutzung unmöglich ist. Vor allen Dingen müßten hier mehrere und erfahrene Wärter angestellt werden, unbeschadet der etwas größeren Ausgaben, die dieses verursachen würde. Ohne Zweifel würden die Patienten die Anstalt schon längst eigenmächtig verlassen haben, wenn sie nicht gewärtigen müßten, ihrer späteren Ansprüche auf Uebernahme eines Heilverfahrens bei der betreffenden Versicherungsanstalt verlustig zu gehen. Denn gerade dieser Punkt ist es, welcher die Patienten veranlaßt, auf alle Fälle die Kur auszuhalten. Aus allem diesen sehen wir, daß der leitende Arzt einer derartigen Privatanstalt unbedingt von der Versicherungsanstalt angestellt werden müßte und nicht vom Besitzer derselben, denn niemand kann zween Herren dienen.

Wir wollen wünschen, daß diese Zeilen dazu beitragen mögen, die Aufmerksamkeit des Publikums mehr auf das Gebiet zur Bekämpfung der Tuberkulose und auf derartige Anstalten zu lenken.

Vor allen Dingen sind die Versicherungsanstalten zu veranlassen, mehr denn je die Erbauung von eigenen Lungenheilstätten in die Wege zu leiten, oder mindestens die leitenden Aerzte von Privatanstalten, in denen mit wenigen Ausnahmen Kranke von der Versicherungsanstalt untergebracht werden, von der Landes-Versicherungsanstalt abhängig zu machen.

Halle und Saalkreis.

Halle, 20. April

Eine kleine Enttäuschung

wird die gestrige Versammlungs-Ankündigung des Vorstandes des Sozialdemokratischen Vereins allen jenen Besuchern der Donnerstags-Versammlung bereitet haben, welche eine zweite sogen. Suchsland-Versammlung erwarteten. Obwohl wir sowie die hiesige Parteileitung von der ganz besonderen Wichtigkeit der Person Suchslands überzeugt sind — und gar zu gern der abgrundtiefen, fundamentalen Weisheit des Herrn Professors in volkswirtschaftlichen Dingen gelauscht hätten, mußte der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins seinen Mitgliedern und der Arbeiterschaft dieses Vergnügen versagen. Die neuesten Vorkommnisse im Stadtparlament und die Besprechung über die Feier des 1. Mai sind schließlich doch noch wichtiger, als ein Vortrag des Herrn Professors Suchsland, des Inhalts, warum das Konsum-Vereinswesen noch das Sedan der Sozialdemokratie werden würde.

Geschäftliche Konkurrenz vor Gericht.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist auf dem System der Konkurrenz aufgebaut. Sie steht und fällt mit ihr. Um so größer ist der Widerspruch, der sich zwischen diesem System und den gesetzgeberischen Taten auftut; man will die Konkurrenz einschränken durch Gesetze, wie das über den unlauteren Wettbewerb, und zieht doch die Konkurrenz durch das System groß. In diesem Wirrwarr zwischen Wollen und Können muten Gerichtsverhandlungen über Vergehen gegen das oben erwähnte Gesetz um so seltsamer an. Der Kaufmann Fritz Tall hatte sich gestern vor dem hiesigen Landgericht zu verantworten. Der Angeklagte, der in der Merseburgerstraße ein Leinengeschäft betreibt, soll durch ein am 4. Oktober v. J. veröffentlichtes Inserat gegen § 4 des Gesetzes, betreffend den unlauteren Wettbewerb verstoßen haben. Es wird ihm vorgeworfen, daß er in der Absicht, den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen, in öffentlichen Bekanntmachungen über die Beschaffenheit von Waren bezüglich der Qualität wissentlich unwahre, zur Irreführung geeignete Angaben tatsächlicher Art gemacht habe, indem er annoncierte, er habe reinleinene Taschentücher, Bielefelder Fabrikat, pro Dutzend von 2.70 Mk. bis 6.00 Mk. zu verkaufen. Ein Konkurrent schickte eine Frau Stecher in das Geschäft des Angeklagten und ließ ein Dutzend reinleinener Taschentücher zu 2.70 Mk. fordern. Der Angeklagte verkaufte die Tücher, und gab es der Käuferin auf Wunsch auch schriftlich, daß sie reinleinene Tücher empfangen habe. Persönlich bemerkte er der Käuferin aber, daß in den Tüchern „ein Schuß Baumwolle" enthalten sei. Dieses brauchte sie aber dem Empfänger der Tücher nicht zu sagen. Der Angeklagte gab zu, damals reinleinene Tücher für 2.70 Mark pro Dutzend nicht auf Lager, aber bestellt gehabt zu haben. Ein Reisender von Bielefeld habe ihm jene Tücher zu dem Preise verkauft, aber die Fabrik habe die Tücher nachher nicht geliefert. Als er das Inserat aufgab, habe er geglaubt, die Tücher zu bekommen, also habe er nicht wissentlich unwahre Angaben gemacht. Der Staatsanwalt war entgegengesetzter Ansicht und meint, das strafbare Tun gehe schon daraus hervor, daß der Angeklagte eine schriftliche Bescheinigung ausgestellt hatte, er habe reinleinene Tücher verkauft. Beantragt wurde eine Geldstrafe in Höhe von 100 Mk. Der für den Konkurrenten des Angeklagten zugelassene Nebenkläger, Rechtsanwalt Purche, schloß sich den Ausführungen des Staatsanwalts an, während der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Eulenberg, der Meinung war, T. habe nur fahrlässig gehandelt und müsse freigesprochen werden. Hätte der Konkurrent den Mut gehabt, im Wege des Zivilprozesses gegen T. vorzugehen, dann hätte die Sache jedenfalls eine andere Wendung genommen; es sei im Strafverfahren nicht nachgewiesen, daß der Angeklagte wissentlich unwahre Angaben gemacht habe. Das Gericht sprach den Angeklagten aber schuldig und verurteilte ihn zu 100 Mark Geldstrafe ev. 10 Tagen Gefängnis.

Was ist nun damit gewonnen? Wir meinen, das laufende Publikum unterscheidet schon von selbst, welcher Wettbewerb zu unlauteren Mitteln greift. Aber selbst, wenn es das nicht kann und tut, so bleibt noch die Feststellung übrig, daß die Kaufkraft weiter Schichten der Bevölkerung heute eine solche ist, daß schwerlich in jedem einzelnen Falle unterschieden wird, ob die Waren den qualitativen Anforderungen entsprechen. Voraussetzung ist, daß sie billig sind. Dabei kommt leider sogar außer Betracht, unter welchen Arbeitsverhältnissen die gekauften Gegenstände hergestellt worden sind. Es ist also völlig deplaziert, dem Konkurrenzkampfe durch einige Gesetzesparagraphen beikommen zu wollen.

Der Fall Deumer.

Wegen sittlicher Verfehlungen, die er sich in seiner Eigenschaft als Lagerhalter gegenüber Verkäuferinnen hatte zu schulden kommen lassen, wurde kürzlich der Metallarbeiter Deumer vom Aufsichtsrate des Allgemeinen Konsumvereins seines Postens enthoben. Das gab gestern der Halleschen Ztg. Veranlassung, von sozialistischen Treibereien im Allg. Konsumvereine, vom sozialdemokratischen Aufsichtsrat und anderen Dingen zu sprechen und die Frage aufzuwerfen: Was wird Genosse Deumer nun für einen Posten bekommen?

Diese Frage ist völlig deplaziert. Wollte der Aufsichtsrat Deumer einen neuen Posten verschaffen, dann brauchte er ihn als Lagerhalter nicht zu entlassen. Die Hallesche Ztg. hätte ein Recht, ihre Angriffe gegen den Aufsichtsrat zu richten, wenn dieser Deumer weiter beschäftigt hätte. Da er das nicht getan hat, sind die erhobenen Vorwürfe sinnlos. Bei dieser Gelegenheit eine Gegenfrage: Entläßt man in konservativen Reihen alle jene, welche sich gegen weibliche Untergebene vergehen? Die Hallesche Ztg. wagt wohl selbst nicht, diese Frage zu bejahen. Also sind wir Wilde anscheinend doch bessere Menschen.

Ist der Konfirmandenunterricht eine kirchliche Angelegenheit?

Wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung hat ein Urteil allgemeines Interesse, das jüngst das Schöffengericht in Ottmachau (Schlesien) gefällt hat. Ein Schulmädchen war auf Veranlassung des Vaters dem Konfirmandenunterricht fern geblieben. Der Ortspfarrer, der diesen erteilte, trug den Namen des Mädchens in die Absentenliste ein und beantragte die Bestrafung des Vaters mit der Begründung, daß der Konfirmanden-Unterricht ein Bestandteil des schulplanmäßigen Religionsunterrichts sei (!), dessen Versäumnis Strafe nach sich ziehe. Der Vater erhielt darauf ein polizeiliches Strafmandat über 3 Mark. Hiergegen erhob er Widerspruch, und so kam die Sache vor das Schöffengericht. Im Termin gab der Vater an, das Mädchen nur deshalb dem Konfirmandenunterricht abgehalten zu haben, weil es noch zu jung, nämlich erst 12 Jahre alt und zu unverständig sei. Das Gericht stellte fest, daß das Kind die Schule und den lehrplanmäßigen Religionsunterricht regelmäßig besucht hat und erkannte entgegen dem Antrag des Staatsanwaltsvertreters auf Freisprechung. Es erachtete den Konfirmandenunterricht, der außerhalb des lehrplanmäßigen Religionsunterrichts erteilt wird, als eine rein kirchliche Angelegenheit.

Aus amtlichen Bekanntmachungen.

Am 15. d. Mt., nachmittags ist in den Geschäftsräumen der städtischen Sparkasse ein Zweimarkstück gefunden. Das Geld ist vom Finder an die Kasse abgeliefert und von letzterer in einstweilige Verwahrung genommen worden. Der Verlierer wird aufgefordert, sich innerhalb sechs Wochen in der Sparkasse zu melden und seine Berechtigung zur Empfangnahme des Geldes nachzuweisen.

In der Zeit vom 1. bis 15. April 1904 sind nachstehende Gegenstände als gefunden bei der Polizeiverwaltung abgegeben worden: Verschiedene Portemonnaies mit und ohne Inhalt, 2 Goldstücke, 1 Handtüchchen mit Taschentuch und Spiegel, 1 silberne Zylinderuhr mit unechter Kette, 1 schwarzes Anhängetäschchen mit Taschentuch und Schlüssel, 1 Herren-Regenschirm, 1 silberne Damenuhr mit Kette, 1 lederne Kutschwagendecke, 1 silbernes Zigarrenetui, verschiedene Schlüssel, 1 altes Doppel-Terzerol.

In derselben Zeit sind als verloren angemeldet: 1 goldenes Gliederarmband mit Kettchen, 1 Granatbrosche, 1 Notizbuch, 1 schwarzes Portemonnaie mit ca. 40 Mk. Inhalt, 1 do. mit ca. 18 Mk., 1 do. mit ca. 13.46 Mk. Inhalt und 1 Schlüssel, Gepäckschein und Brosche, 1 do. mit 35 Mk. Inhalt und Rückfahrkarte Leipzig-Halle a. S., 1 Taschenmesser, Nickfänger mit Ueberzug, 1 Hemdenknopf mit Brillant, 1 silbernes Kettenarmband mit Kugel, eine kleine goldene Damenuhr ohne Kette, 1 silberne Zylinderuhr ohne Kette, 1 goldene Damenuhr mit kurzer Kette, 1 schwarzer Gummigürtel mit gelbem Schloß, 1 goldener Klemmer, 1 Nickel Klemmer, 1 Paar Tennisschuhe, 1 Veteranen-Quittungsbuch, August Ohme, Niemberg. Die Geltendmachung der Fundrechte bezw. die Abholung der Gegenstände muß binnen 12 Monaten erfolgt sein. Bezügliche Auskunft wird während der Dienststunden im Polizeisekretariat IV, Rathausstraße 19, Zimmer Nr. 56, erteilt.

Die Schweineseuche ist unter den im Grundstück Merseburgerstr. 108 untergestellten Schweinen des Fleischermeisters Brauer ausgebrochen. Das Gehöft ist unter Sperre gestellt.

* **Die Finanz-Kommission** beschäftigt sich auch in der morgigen Sitzung mit der Mittelbewilligung für den Umbau der Kröllwitzer Brücke. — Für das Standesamt Halle-Süd soll eine neue Assistentenstelle errichtet werden. — Die Mittelbewilligung für Neupflasterung des Straßenzuges Moritzzwinger-Neue Promenade steht gleichfalls auf der Tagesordnung.

* **In die engere Wahl** für den Stadtratsposten, der durch den Weggang des Herrn Pütter erledigt ist, sind gestellt worden die Herren Bürgermeister Troje-Einbeck, Stadtsyndikus Dr. Pusch-Celle, die Assessoren Düring-Breslau und Wolper-Charlottenburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219040421-12/fragment/page=0005

* **Die Sektion der Leiche der 12jährigen Maurerstochter Rechenberg** hat keinen Anhaltspunkt für das Vorliegen eines Verbrechens gegeben, wenigstens hat der Staatsanwalt keine Einwendung gegen das vorzunehmende Begräbnis erhoben. Es soll auch nicht festzustellen gewesen sein, ob Selbstmord oder ein Unglücksfall vorliegt.

Uebrigens hat man einen älteren Mann fistiert und auf der Polizeiwache in der Klosterstraße festgehalten, welchen die herbeigeholte Frau Rechenberg als Denjenigen erkannt haben will, der dem Mädchen in der letzten Zeit öfters gefolgt ist. Ob das zutreffend ist, wird jedenfalls die Untersuchung lehren.

* **Eine Verzweiflungstat.** Der Arbeiter Hermann Mehl wollte sich am Montag abend 8/4 10 Uhr von der Fernbahn Halle-Merseburg überfahren lassen und warf sich an der Ecke der Hutten- und Merseburgerstraße vor einen Motorwagen. Er wurde nur leicht verletzt; man brachte ihn in seine Bernhardystraße 23 befindliche Wohnung. Mehl hat die Tat aus Verzweiflung begangen. Er hat 18 Jahre bei der Firma Weise u. Monski gearbeitet. Schon auf dieser Arbeitsstätte wurden ihm in der letzten Zeit wöchentlich 2.50 M. in Abzug gebracht, weil er für seine 16jährige Tochter — Mehl lebte von seiner Frau getrennt — zu sorgen verpflichtet war. Mehl glaubte, wenn er in die Dienste der Stadt träte, könne man ihm Abzüge nicht mehr machen. Er hatte sich natürlich getäuscht. Man zog ihm, wenn wir recht unterrichtet wurden, am 9. April 3.40 M., am 16. April 4.80 M. von seinem 14 M. betragenden Wochenlohne ab. Das brachte ihn dermaßen in Erregung, daß er in den Tod zu gehen beschloß.

* **Im Interesse der weiblichen Telephonbeamten** veröffentlichen wir folgenden Notschrei: „Vielleicht vermag ein Hinweis in der Presse einem Uebel abzuhelfen, das die Beamtinnen des Telephondienstes bei der Reichspost mit steter Lebensgefahr bedroht. Wohl die wenigsten wissen, daß das übermäßige Kurbeldrehen Leben und Gesundheit der Damen steter Gefahr aussetzt; mehr als einmal ist dadurch ein bis dahin blühendes Menschenleben vernichtet worden, ohne daß die Oeffentlichkeit davon erfahren hat. Und doch würde die Bekanntgabe derartiger Unglücksfälle am Ende das Gewissen des Publikums schärfen. Es sollte zunächst energischer darauf hingewiesen werden, daß mehrfaches Drehen der Telephonkurbel für die Angestellten gefahrbringend ist; dann aber sollen die Apparate so eingerichtet werden, daß die Kurbel zur Zeit immer nur einmal gedreht werden kann. Hoffentlich nimmt das Publikum sich die hier ausgesprochene Bitte so zur Notiz, daß Unglücksfälle, wie der kürzlich in Berlin vorgekommene, seltener werden. Denn abermals trat dieser Tage der Fall ein, daß ein junges Mädchen, das morgens früh gesund aus dem Hause ging, völlig gelähmt wieder zurückgebracht wurde. Hier kann vereintes Wirken von Staat und Bürgern wirklich manches schwere Unglück verhindern."

Hoffentlich findet die Mahnung die gebührende Beachtung in der Oeffentlichkeit.

* **Von dem Erbbegräbnis der Familie Freyberg** wurden in der Nacht zum Sonntag auf dem Nordfriedhofe die das Begräbnis umgebenden Ketten abgefeilt und mitgenommen. Das ist um so auffälliger, als das Erbbegräbnis direkt am Eingange gegenüber der Inspektorwohnung liegt.

* **Die Provinzial-Hebammen-Lehranstalt in Wittenberg** ist am 31. März d. Js. auf Grund des Beschlusses des Provinzial-Landtages aufgehoben worden. Für den Regierungsbezirk Merseburg werden die Hebammen nunmehr in den Lehranstalten zu Magdeburg und Erfurt ausgebildet werden und zwar wird für die Stadt Halle in erster Reihe die Anstalt in der Stadt Magdeburg in Betracht kommen. Die Aufnahmeanträge haben die Schülerinnen an den Direktor dieser Anstalt zu richten. Die Aufnahmebedingungen und Kostenbeiträge, sowie der Beginn und Dauer der Lehrkurse sind in Magdeburg und Erfurt dieselben wie bisher in Wittenberg.

* **Als Volksvorstellung im Stadttheater** geht am nächsten Sonntage Lessings Emilia Galotti in Szene. Billette zu dieser Vorstellung sind schon jetzt zu den bekannten Preisen in der Volksbuchhandlung, Geiststraße 21, zu haben. Der Text des Trauerspiels ist gleichfalls in der Volksbuchhandlung erhältlich. Preis 20 Pfennig.

* **Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Wie alljährlich, so findet auch in diesem Jahre zum Besten der Pensions- und Unterstützungs-Anstalt des Stadttheaters eine Vorstellung statt, deren Ertrag der genannten Kasse zufließt. Die Direktion hat für diese Vorstellung Neßlers Oper Der Trompeter von Säckingen gewählt. Die Partie der Marie singt Fräulein Elsa Welter, eine jugendliche Sängerin, welche für nächstes Jahr für hier verpflichtet wurde. Den Jung Werner singt Herr Soomer, welcher vom 1. Mai ab für einige Wochen an das Leipziger Stadttheater verpflichtet ist. Am Freitag folgt die Premiere des Hauptmann'schen Dramas Rose Berndt. Für Sonnabend bringt die Direktion einen Gast; Anna Schramm wird die Madame Bonivard spielen.

* **Aus dem Bureau des Neuen Theaters.** Am Donnerstag findet noch eine Wiederholung von Kadelburgs Familie Schierke statt, während am Freitag die Schwankneuität Ein Ideal-Ehemann wieder in Szene geht.

* **Die illustrierte Romanbibliothek In Freien Stunden** ist jetzt bis zum 16. Heft erschienen. Es bringt die Fortsetzung des Gerstäckerschen Romans Die Flußpiraten des Mississippi und der spannenden Erzählung Gabriel Lambert, der Galeerensklave, von A. Dumas; sowie eine naturwissenschaftliche Skizze Eine Fesselballonfahrt im Eismeer. Daneben Dies und Jenes, Witz und Scherz. Wöchentlich erscheint ein 24 Seiten starkes Heft zum Preise von 10 Pf., das in der Volksbuchhandlung, Geiststraße 21, zu haben ist. Mit dem 1. Januar begann der neue Roman, der noch jetzt von Heft 1 an nachbezogen werden kann. Wir empfehlen unsern Lesern das Abonnement.

Aus den Nachbarkreisen.

Merseburg. Maureraussperrung. Die Baugewerken-Innung hat Dienstag sämtliche Maurer ausgesperrt, dieselben beschlossen hatten, die Sperre aufrecht zu erhalten und dieselbe ev. noch auf die Firmen Günther und Grant auszudehnen.

— Die Sektion der Leiche des ertrunkenen Klunkmüller im hiesigen Krankenhause ergab, daß der Tod infolge eines Herzbeutelstichs, der eine zum Teil innere Verblutung verursachte, eingetreten ist.

Merseburg. (E. Ber.) Donnerstag, den 21. d. Mts., abends 8½ Uhr findet in der Funkenburg eine Sitzung der Maifestkommission statt, wozu alle dazugehörigen Genossen anwesend sein müssen.

Zeitz. (Eig. Ber.) Zustände im Krankenhaus. Von Leuten, die im Monat März im Krankenhaus aufhältlich waren, wird uns geschrieben: Wir erlebten im Monat März in der unteren Männerstation Dinge, die den Ekel im höchsten Grade erregten. Neben dem Ausguß befindet sich der Spucknapf, im Ausguß werden sowohl Eß- und Trinkgefäße, wie auch Spucknapf gereinigt. Nun hängen die zur Reinigung nötigen Bürsten der verschiedenen Gefäße so nahe bei einander, daß trotz der Ueberschriften Verwechselungen vorgekommen sind. Es ist dies bei alten und kurzsichtigen Kranken vorgekommen und zwar wiederholt. Als bei einem solchen Fall ein Kranker aufgebracht darüber war, daß ein alter Mann mit der Eßgeschirrbürste den Spucknapf reinigte und sie dann wieder an die alte Stelle hing, erhielt er von der hinzukommenden Schwester noch den Rat, sich nach seinem Zimmer zu verfügen. Die Bürste war dann später wieder gereinigt worden und hing wieder an ihre Stelle, trotzdem sie eigentlich nun nur noch für den Spucknapf geeignet war.

Auch darüber wird geklagt, daß beim Spazierengehen im Garten Brust- und Lungenkranke keine Spuckgläser bei sich führen, so daß sie in den Garten spucken und anderen Kranken den Aufenthalt darin verleiden.

Auch über das Essen wird viel geklagt, es soll zwar nach einer Beschwerde beim Oberarzt besser geworden sein, läßt aber noch immer zu wünschen übrig.

Wie wir hören, soll vor einigen Tagen eine Revision des Krankenhauses vorgenommen sein. Vielleicht werden nun die Uebelstände abgestellt.

Korbetha. (E. Ber.) Selbstmordversuch. Dienstag nachmittag gegen 4½ Uhr schoß sich im Vorraum des Bahnhofsgebäudes ein etwa 25jähriger junger Mann eine Kugel in die Brust. Die Ursache der Tat ist noch unbekannt. Der Lebensmüde wurde in die Hallesche Klinik befördert.

Magdeburg. Achtung, Metallarbeiter!. Bei Garrett Smith u. Ko. sind ernste Differenzen ausgebrochen, weshalb wir allen Metallarbeitern größte Beachtung empfehlen.

Ellrich. Streikvorfälle vor Gericht. Vor dem Landgericht Nordhausen hatten sich eine Anzahl von Arbeitern wegen Streikvergehens zu verantworten. Der Arbeiter Asmus, welcher eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten, da er sich während des Streiks eines Hausfriedensbruchs schuldig gemacht hat, verbüßt, wurde „geschlossen" übersführt. Er war angeklagt wegen versuchter Nötigung, Beleidigung und Körperverletzung. Dies soll begangen sein, indem Asmus am 26. Februar dem arbeitswilligen Kruse die Worte zurief: „Schämst Du Dich nicht zu arbeiten, kommst Du wieder da durch, so trinken wir ein schönes Glas Bier zusammen, Du wirst schon wissen, was ich meine." Weiter soll er den Sattler Käufer an die Brust gepackt und mit erhobener Hand bedroht haben. Am 15. März soll er den 16jährigen Sturm „Streikbrecher" genannt haben. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten mit Einschluß der Vorstrafe zu einer Gesamtstrafe von vier Monaten Gefängnis und Tragung der Kosten.

Der Maurer Morgenstern sowie der Gipsarbeiter Eduard Lange waren wegen Bedrohung angeklagt. Der arbeitswillige Jäger will von dem angeklagten Lange dreimal mit Totschlag bedroht sein. Der Staatsanwalt beantragt für Morgenstern 4 Monate, für Lange 3 Monate Gefängnis. Morgenstern erhielt 3 Wochen Gefängnis, Lange 14 Tage und Tragung der Kosten.

Der Gipsarbeiter Wilhelm Schrader soll dem mit ihm weitläufig verwandten arbeitswilligen Apel die Worte zugerufen haben: „Komm, wir wollen zusammen ein Glas Bier trinken, für das Geld kannst Du Dir Lausesalbe kaufen." Der Staatsanwalt beantragte sechs Wochen, der Gerichtshof hielt mit einer Woche diese Frevelat für gesühnt.

Wegen angeblicher Urkundenfälschung wird der Gipsarbeiter Gräfe zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Eine zweite Sache gegen Gräfe wird behufs Ladung verschiedener Zeugen vertagt.

Als letzte Sache kam eine Beleidigungsklage gegen den Gipsarbeiter Friedrich Juch. Der Arbeitswillige Schulz konnte unter Eid seine Aussage nicht aufrecht erhalten, der Angeklagte wurde deshalb freigesprochen und dem Zeugen Schulz sämtliche Kosten des Verfahrens auferlegt.

Das sind schwere Opfer des Klassenkampfes, die aber von den Arbeitern würdevoll getragen werden.

Kleine Provinzial-Nachrichten.

Der Kontorgehilfe Wüstenberg in Wittenberg ist seinem Prinzipal mit 15 M. ausgerückt. — Die Leiche des Maschinenbauers Heise aus Merseburg wurde in der Saale aufgefunden. — In Sömmerda wurde ein aus der Erziehungsanstalt Eckartshaus in Eckartsberga entwichener Zögling festgenommen. — In Niedersachswerfen wurde der Hofhund des Kaufmanns Heise durch Strychnin vergiftet. — In Wimmelburg erhängte sich der Bergmann Rokohl in seinem Keller. — In Schmiedehausen wurden einem Einwohner Wölker von einem Hund beide Hände durchgebissen. — In Weißenfels wurde die Leiche der Verkäuferin Melitta Mitsching aus Naumburg, die bis vor einigen Wochen in einem hiesigen Warenhause tätig war, aus der Saale gezogen.

Gewerkschaftliches.

Die Maler und Tüncher in Frankfurt a. M. sind in den Ausstand getreten. 1200 Mann beteiligen sich daran. Bis jetzt haben 54 Firmen mit rund 500 beschäftigten Arbeitern die bescheidenen Forderungen der Gehilfen anerkannt. Die der Meistervereinigung nicht angehörenden Firmen haben ebenfalls bewilligt. — In Leipzig wurden ebenfalls 1200 Maler ausständig. — Die Chemnitzer Maler stehen in einer Lohnbewegung. Sie fordern einen Minimallohn für Maler von 43 Pf. und für Anstreicher von 36 Pf. Von einem Streik wurde mit Rücksicht auf den eben in Leipzig ausgebrochenen Streik Abstand genommen.

Maurerstreiks. In Rathenow streiken sämtliche Maurer. Ein Streikbrecher, der Maurerpolier B., welcher seit mehreren Tagen in Rathenow arbeitete, ist auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Hannover wegen schweren Diebstahls verhaftet. — In Zerbst hat der Streik insofern eine bedeutsame Wendung erlangt, als nahezu sämtliche Zimmerer ausgesperrt sind. — In Eisenach ist den Maurern die 10stündige Arbeitszeit von den Unternehmern bewilligt worden.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Der erste ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine findet am 12., 13. und 14. Juni in Hamburg statt. Es stehen nicht weniger wie 16 Punkte, darunter 7 Vorträge auf der Tagesordnung.

Aus dem Reiche.

Breslau. Zu der Wetterkatastrophe wird noch gemeldet, daß die heftigen Entladungen, soweit bisher bekannt ist, 20 Feuersbrünste veranlaßten. In Kleinhennersdorf bei Landshut wurde der Hausbesitzer Hertrampf vom Blitzschlag getötet.

Beuthen. Von einem Anschlag gegen einen Eisenbahnzug, über den bisher noch nichts bekannt geworden ist, gibt eine Bekanntmachung Kunde, die der Erste Staatsanwalt aus Beuthen erläßt. Danach hat die Eisenbahn-Direktion eine Belohnung von eintausend Mark für die Ermittelung derjenigen Person ausgesetzt, die drei Dynamitpatronen auf die Schienen des Staatsbahngeleises Laurahütte-Chorzow gelegt hat.

Zwickau. Grubenunfälle. Auf dem hiesigen Kohlenwerk stürzte ein Bergmann 400 Meter tief in einen Schacht. Auf einem anderen Werke wurde ein Arbeiter von einer Transmission erfaßt. Beide Verunglückte wurden zu unförmlichen Massen zerschmettert.

Essen a. d. Ruhr. Verschüttet. Auf der Zeche Julius Philipp wurden 3 Bergleute verschüttet. 2 wurden getötet.

Duisburg. Unseliger Streit. Hier geriet der Händler Won mit dem Kostgänger Lenzen in Streit. Im Verlaufe des Streites drang letzterer mit einer spitzen Feile auf seinen Wirt ein. Dieser ergriff ein Beil und schlug dem Angreifer erst ein Ohr ab, dann zertrümmerte er ihm die Schädeldecke. Won stellte sich alsdann der Polizei.

Vermischtes.

* **Fabrikeinsturz.** Die über einem Kanal erbaute große Hanfspinnerei Trombini und Gattelini in Memegnano ist eingestürzt. Glücklicherweise konnten die Arbeiter rechtzeitig flüchten. Zwei Verwundete wurden aus dem Kanal gezogen. Tausend Arbeiter sind brotlos.

* **19 Mädchen ertrunken.** In der Nähe von Kovacs in Ungarn sind 19 Mädchen im Alter von 15 bis 17 Jahren beim Uebersetzen mittels eines Bootes ertrunken.

* **Hungersnot** herrscht in Nordbrasilien infolge anhaltender Trockenheit. Die Not in den Provinzen Ceara und Rio Grande do Norte ist sehr groß. Die Bundesregierung leitet eine Auswanderung der Bewohner nach dem Süden in die Wege.

Letzte Nachrichten.

Krieg in Ostasien.

Tokio, 20. April. Wie hierher gemeldet wird, haben die Russen Poulenkheng besetzt und bereits Nachschub erhalten. Die Befestigungen bei Hujhung sind verstärkt worden. Aufklärungstruppen durchziehen die Gegend.

Paris, 20. April. Nach einer Petersburger Meldung des Neu. Her. erhält sich trotz aller Dementis die Ansicht, daß zwischen den Panzern Sebastopol und Pultawa eine Kollision stattgefunden hat, doch war die Kollision zweifellos nicht bedeutend.

Berlin, 20. April. Im Potsdamer Forst bei Wansee wurden die 17jährige Verkäuferin Klara Hoppe und der 18jährige Handlungsgehilfe Schulz tot aufgefunden.

Frankfurt a. M., 20. April. Der Schuhmacher Bender erschlug 2 seiner in jugendlichem Alter befindlichen Kinder und verletzte seine Frau und ein drittes Kind lebensgefährlich. Der Mörder wurde verhaftet.

Zürich, 20. April. Eine ungeheure Lawine ging gestern vom Bettlihorn nieder und verschüttete 5 Häuser des Dorfes Grengiols (Wallis). Unter den Trümmern liegen 20 Personen. Bis gestern abend wurden bereits zwölf Tote gefunden, 7 Kinder, 3 Frauen und 2 Männer. Die Leichen sind in der Kirche aufgebahrt.

Budapest, 20. April. Der gestern abend ausgebrochene Streik der Eisenbahnbediensteten hat große Dimensionen angenommen. Der Eisenbahnverkehr ganz Ungarns stockt. Die Regierung beabsichtigt, den Bahndienst durch die Soldaten der Eisenbahn- und Telegraphenbataillone versehen zu lassen und die Reserven der betreffenden Regimenter sofort einzuberufen.

Laibach, 20. April. Abend 7 Uhr 18 Min. verzeichneten die Instrumente der Erdbebenwarte ein Fernbeben, welches wahrscheinlich auf der Balkanhalbinsel stattgefunden hat.

Paris, 20. April. Aus Pontivy wird berichtet: Ein ernster Zusammenstoß zwischen Gendarmen und Demonstranten fand hier statt. Die Gendarmerie machte von der Waffe Gebrauch. Von der Menge wurden 3, von den Gendarmen 4 Mann verletzt.

Petersburg, 20. April. Die Untersuchung über die Explosion im Hotel du Nord hat das Bestehen eines Komplotts zur Ausführung politischer Attentate ergeben. Die Polizeibehörden haben die umfassendsten Maßregeln getroffen und bereits über 200 Personen verhaftet. Der Urheber der Explosion, Kakanoff, ist aus dem Auslande gekommen.

Briefkasten der Redaktion.

F. S. G. Nein. Die Wiedergewählten brauchen nicht noch einmal durch Handschlag verpflichtet zu werden.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd, Steinweg 2), 19. April.

Aufgeboten: Betriebsführer Brühl und Alma Fischer (Mansfelderstraße 52 und Marienstraße 7). Gerichtsdiener Schulze und Marie Lüdicke (Große Steinstraße 32 und Pfälzerstraße 19). Schuhmacher Penner und Selma Penndorf (Bitzschendorf und Halle). Landwirt Mögling und Emma Friedrich (Einsdorf und Höhnstedt). Arbeiter Dünkler und Emma Kuhlemann (Weißenfels). Maler Hüffner und Klara Schulze (Halle und Zollchow).

Geboren: Kaufmann Pottel S. (Langestraße 24). Sekretär Wulff S. (Lindenstraße 1). Schlosser Reinhold S. (Jakobstraße 47). Arbeiter Wiegeleben S. (Klinik). Kutscher Wittig S. (Große Steinstraße 74). Schmied Jächtze T. (Liebenauerstraße 8). Arbeiter Boß S. (Klinik). Glaser Schiller S. (Herrenstraße 2). Geschirrführer Becker T. (Spitze 6). Maler Porst T. (Kerchenfeldstraße 19). Tischlermeister Crato T. (Spitze 5). Sortierer Winkler S. (Torstraße 29). Schuhmachermeister Lehmann S. (Jakobstraße 48).

Gestorben: Modellschlosser Steienhühner S., 6 Mon. (Bernhardystraße 54). Verst. Brauereibesitzers Schultz T., 11 J. (Steg 10). Arbeiter Schäfer, 62 J. (Bergmannstrost). Zimmermanns Rühlemann Ehefrau, 62 J. (Spitze 29). Kaufmann Kummerehl, 41 J. (Elisabeth-Krankenhaus). Witwe Bleichert, 84 J. (Spitze 5).

Halle (Nord, Burgstraße 38), 19. April.

Aufgeboten: Techniker Strauße und Elsbeth Schmidt (Reimarktstraße 6 und Göbenstraße 5). Steinsetzer Mänicke und Ida Schirrmeister (Mühlichestraße 9 und Lafontainestr. 28). Molkereigehilfe Koch und Anna Bierweg (Ammendorf und Lessingstraße 33). Arbeiter Meißner und Pauline Kötzel (Petersbergstraße 41).

Eheschließung: Konditor Schimpf und Else Kunzemann (Ludwig Wuchererstraße 35 und Henriettenstraße 27).

Geboren: Ingenieur Gräger T. (Viktor Scheffelstraße 11). Schlosser Heinrichs S. (Saalwerderstraße 5). Elektromonteur Winkler S. (Wittekindstraße 5). Photographen Breinig T. (Große Brunnenstraße 56). Arbeiter Heischkel T. (Reilstr. 24). Maler Stöbe S. (Seebenerstraße 46).

Gestorben: Geschirrführers Fischer T., 9 J. (Trothaerstr. 78). Arbeiters Reiher S., 4 Mon. (Körnerstraße 5). Witwe Löchner 75 J. (Große Gosenstraße 16).

Quittung.

Für Parteizwecke:

Für Broschüren aus der Volksversammlung 1 Mk. erhalten.

Gerig.

Sprechstunden des Arbeiter-Sekretariats nur Wochentags von 9½—1½ und 4—8 Uhr. Auswärtigen Anfragen ist stets Briefmarke als Rückporto beizufügen.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Dümmig in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190404 21-12/fragment/page=0006